

Zeitbilder

bbp:
Bundeszentrale für
politische Bildung

IM SCHATTEN VON AUSCHWITZ

SPURENSUCHE IN POLEN,
BELARUS UND DER
UKRAINE: BEGEGNEN,
ERINNERN, LERNEN

Herausgegeben von
Martin Langebach und Hanna Liever



Impressum

Bonn 2017

© Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Bestellungen: www.bpb.de/shop > shop

Bestellnummer: 3985

ISBN 978-3-8389-7167-4

Redaktionsschluss: 1. September 2017

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Wir danken allen Lizenzgebenden für die freundlich erteilte Abdruckgenehmigung. Die Inhalte der im Text, in den Anmerkungen und Literaturhinweisen zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbietenden; für eventuelle Schäden und Forderungen übernehmen die Herausgebenden sowie die Autorinnen und Autoren keine Haftung.

Projektleitung und Redaktion: Martin Langebach, bpb, und Hanna Liever, bpb

Lektorat: Yvonne Paris, Bad Neuenahr

Bildredaktion: Benjamin Möller, bpb

Mitarbeit: Franziska Jostmeier, bpb, Alina Hilbrecht und Julian Keitsch

Grafische Konzeption und Umsetzung:

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln, www.leitwerk.com

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Umschlagabbildung: Der Wald von Blagowschtschina im Frühjahr 2016. 1942/1943 wurden hier mehrere Zehntausend Jüdinnen und Juden aus verschiedenen europäischen Ländern von deutschen Einsatzkommandos erschossen. Die gelben Zettel an den Kiefern enthalten individuelle Informationen zu einigen der hier Ermordeten. Diese Form des Gedenkens geht zurück auf eine Initiative des Vereins IM-MER um Waltraud Barton, Wien.

Inhalt

Orte des nationalsozialistischen Terrors und der Vernichtung im östlichen Mitteleuropa 1933–1945	2/3
Einleitung MARTIN LANGEBACH, HANNA LIEVER	8
Die nationalsozialistischen Massenmorde in Osteuropa Pläne, Motivationen, Umsetzungen, Täter, Opfer, juristische Ahndung SUSANNE HEIM	18

01 Historischer Rückblick	42
Kulmhof/Chełmno – ein Todeslager im „Reichsgau Wartheland“ PETER KLEIN	44
Belzec – das erste Vernichtungslager mit stationären Gaskammern MARIO WENZEL	62
Das Vernichtungslager Sobibor ANNIKA WIENERT	80
Das Vernichtungslager Treblinka SARA BERGER	98
Kamenez-Podolsk 1941–1944 ÁDÁM GELLÉRT	116
Babij Jar – Massenmord am Stadtrand BERT HOPPE	134
Maly Trostinez – ein Landgut als Vernichtungsstätte PETRA RENTROP-KOCH	152
Das Zwangsarbeitslager Lemberg-Janowska: Arbeits-, Durchgangs- und Vernichtungslager DAVID ALAN RICH	170
Das Konzentrationslager Majdanek in Lublin – von der „Aktion Reinhardt“ zur Aktion „Erntefest“ TOMASZ KRANZ	188

02

Heute begegnen

204

Chełmno nad Nerem/ Kulmhof am Ner heute begegnen

206

INGO LOOSE

Bełżec heute begegnen

226

KATHARINA RUHLAND

Sobibór heute begegnen

244

CHRISTIAN WOLPERS

Treblinka heute begegnen

262

ANDREAS EHRESMANN

Kamjanez-Podilskyj heute begegnen

278

Auf den Spuren des „Holocaust durch Kugeln“

KATJA ANDERS

Babyn Jar heute begegnen

294

UTA KÖRBY

Maly Trascjanec heute begegnen

314

GISELA EWE

Lwiw und Janowska heute begegnen

332

STEFFEN HÄNSCHEN

Majdanek heute begegnen

350

Die weltweite erste KZ-Gedenkstätte

REGINE HEUBAUM

03

Opfer und Täter

368

Erinnerung an die ermordeten Juden

370

Entwicklungen, Deutungskämpfe, Rahmenbedingungen

CHRISTOPH DIECKMANN

Sinti und Roma – eine Reise am Abgrund

386

KAROLA FINGS

„Es läuft doch alles auf den Tod hinaus!“

400

Erinnerung an sowjetische Kriegsgefangene

und an das Stammlager 352 in Minsk

LEONORE MARTIN

Täter vergessener Orte

414

MARTIN CÜPPERS

Mörder in grüner Uniform

428

Die Ordnungspolizei als Schlüsselorganisation

in der Umsetzung des Holocaust

THOMAS KÖHLER

Vom Opfer zum Täter

444

Die Trawinki-Männer als Werkzeug der Deutschen beim Judenmord

ANGELIKA BENZ

04

Pädagogische Zugänge

462

Verbindungslinien zwischen „Euthanasie“-Morden und Holocaust-Verbrechen
Chancen und Möglichkeiten bilateraler Beschäftigung
mit der NS-„Rassenhygiene“ und den Tätern der „Aktion T4“
CAROLA S. RUDNICK 464

Ordensburgmänner als Akteure der NS-Besatzungsherrschaft in Osteuropa
Historisch-politische Bildung am „Täterort“ Vogelsang
ANDREA NEPOMUCK 480

Von Merseburg nach Sobibor 496
Lokalgeschichte als Anknüpfungspunkt der Auseinandersetzung
mit den Orten des nationalsozialistischen Massenmords im Osten
JAN SKRZYPKOWSKI

„Vergessene Orte“ als Gegenstand der schulischen historischen Bildung 506
SOPHIE SCHMIDT

Internationale Jugendarbeit an NS-Gedenkstätten 520
JULIANE NIKLAS

Orte der Geschichte und die historisch-politische Bildungsarbeit
des Deutsch-Polnischen Jugendwerks 528
PIOTR KWIATKOWSKI

Bildungsarbeit an den Orten der „Aktion Reinhardt“ 542
ANDREAS KAHRS

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit 556
Das Bildungskonzept des Internationalen Bildungs- und
Begegnungswerks (IBB) zu Malyj Trostenez und dem Minsker Ghetto
ANTON MARKSCHTEDER, ALIAKSANDR DALHOUSKI

„Wie hier mit jungen Neonazis sinnvoll pädagogisch 568
gearbeitet werden kann, ist mir allerdings schleierhaft“
Kritische Überlegungen zum Bildungsformat Gedenkstättenfahrt und dessen
Möglichkeiten zur Prävention von Rechtsextremismus und Rassismus
FELIX STEINBRENNER, MICHAEL STURM

Fernbahnnetz in Mitteleuropa: 584/585
Wege zu Terror und Vernichtung 1933–1945

Nationalsozialistische Vernichtungspolitik in Mittel- und Osteuropa 586
Eine ausgewählte Chronologie

Autorinnen- und Autorenverzeichnis 593

Kartennachweis 596

Bildnachweis 598

Einleitung

Lichter Wald. Kiefern. Blagowschtschina.

1942 starben hier Menschen aus Belarus, Deutschland und Österreich, aus Bonn, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Lüneburg, Mödling, Neunkirchen, Riedenburg, Stade, Wien, Wuppertal. Tausende.

2017 führt eine schmale Straße von der Autobahn in dieses Waldstück am Rande von Minsk. Vorbei an einer Müllkippe, versperren aufgeschüttete Erdhügel den direkten Zugang. Wenige Hundert Meter dahinter eine Lichtung. Ein kleines Denkmal. Im Hintergrund leuchten gelbe Zettel an den Bäumen.

Blagowschtschina – ein vergessener Ort? Nicht in Belarus, auch wenn das in dem Waldstück von Deutschen verübte Verbrechen nur eines von vielen grausamen Massakern war. Doch außerhalb des Landes wissen nur wenige von dem, was dort geschah. In Österreich bemüht sich der Verein IM-MER, die Ereignisse und den Ort ins kollektive Gedächtnis zu rücken. Er initiierte die Aktion, an den Bäumen auf dem Gelände der Massengräber an die Schicksale der Ermordeten zu erinnern – mit einfachen Mitteln, eindrucksvoll. In Deutschland hat sich das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk (IBB) aus Dortmund mit einem Büro in Minsk des Themas angenommen. 2016 realisierte es eine deutsch-belarussische Wanderausstellung, die an die Verbrechen in und um Minsk erinnert. Und doch steht der Ort im Schatten von Auschwitz.

Weltweites Gedenken ... an einen Ort

Am 27. Januar 2015 wurde weltweit der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz 70 Jahre zuvor gedacht. Bei der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag hob der damalige Bundespräsident Joachim Gauck hervor, dass der Holocaust zur Geschichte unseres Landes gehöre, hier, „wo wir täglich an Häusern vorbeigehen, aus denen Juden deportiert wurden; hier in Deutschland, wo die Vernichtung geplant und organisiert wurde“. Und Gauck betonte: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“ Am Nachmittag nahm der Bundespräsident dann mit weiteren Staats- und Regierungschefs an der zentralen und sehr bewegenden Gedenkfeier im ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau teil. 300 Überlebende waren gekommen, zehn Jahre zuvor waren es noch fünf Mal so viele gewesen. Sie standen im Zentrum der Aufmerksamkeit. „Sie werden reden, und wir werden ihnen sehr genau zuhören“, hatte im Vorfeld Piotr Cywinski, Direktor der Gedenkstätte, angekündigt.

Das Interesse an dem, was in Auschwitz geschah, steigt von Jahr zu Jahr. Kamen 2001 492.500 Besucherinnen und Besucher in die Gedenkstätte, so waren es 2016 über 2.053.000, darunter mehr als 92.000 aus Deutschland. Auschwitz ist zum Synonym für den Holocaust geworden. Es ist das Symbol für den vom Deutschen Reich geplanten industriellen

Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden. Was in diesem Lager geschah, hat sich in das kollektive Gedächtnis der Menschen weltweit eingeeignet. In Deutschland wird der Tag der Befreiung des Lagers Auschwitz durch die Rote Armee seit 1996 als „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ begangen. 2005 erhob ihn die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Resolution 60/7 zum „Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust“.

Gedenktage haben es an sich, dass oft nur an ihnen selbst an zurückliegende Ereignisse und Geschehnisse erinnert wird. An anderen Tagen interessieren andere Themen. Hinzu kommt, dass sich der Holocaust-Gedenktag faktisch nur auf Auschwitz bezieht. Und so bleiben die Gedenkfeiern, die etwa an das Geschehen in den Vernichtungslagern Sobibor, Belzec oder Treblinka erinnern, in der Regel in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Gleiches gilt für die Erinnerung an die Massaker der deutschen Besatzer an der jüdischen Bevölkerung an Orten in Belarus und der Ukraine. Einzig die NS-Mordstätte Babij Jar stellte 2016 eine Ausnahme dar – anlässlich des 75. Jahrestages des von den deutschen Invasoren begangenen Massenmordes in Kiew 1941 wurde dem Ort zum ersten Mal in der Bundesrepublik eine besondere öffentliche Aufmerksamkeit zuteil.

Der Fokus auf Auschwitz-Birkenau überblendet auch, dass der Holocaust nicht ausschließlich ein „industrielles Verbrechen“ war, sondern vielfach auch „Handarbeit“. Im „Generalgouvernement“, das die Deutschen im besetzten Polen einrichteten, vor allem aber weiter östlich, in den „Reichskommissariaten Ostland“ und „Ukraine“ sowie in den übrigen, von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten der Sowjetunion wurden Jüdinnen und Juden, aber auch Angehörige anderer Minderheiten, „Behinderte“ und zu „Untermenschen“ deklarierte Einheimische durch Massenerschießungen ermordet. Schätzungen gehen davon aus, dass allein rund zwei Millionen Jüdinnen und Juden am

Rand von Erschießungsgruben oder -gräben durch Kugeln starben – nicht durch Gas. Die SS-Angehörigen, Polizisten und Soldaten, die sie töteten, visierten ihre Opfer über Kimme und Korn an. Tausende deutsche Männer führten so die Morde durch, unterstützt von einheimischen Kollaborateuren. Schaulustige, auch aus anderen Truppenteilen, schauten bei den Massakern zu.

Im Schatten von Auschwitz ...

Die ersten Überlegungen zu diesem Band gehen zurück auf persönliche Erlebnisse. Viele Überlebende waren mit ihren Angehörigen am 26. und 27. Januar 2015 anlässlich der damaligen Gedenkveranstaltung nach Oświęcim beziehungsweise in die heutige Gedenkstätte gekommen. Sie streiften über das Gelände, erzählten ihren Kindern und Enkeln von dem, was sie hier erlitten hatten, und zeigten sich offen für Fragen anderer Besucherinnen und Besucher wie ebenso der vielen Journalistinnen und Journalisten. Immer wieder betonten sie, dass es ihnen noch einmal wichtig sei, Zeugnis abzulegen von dem, was geschehen war. Denn ihre größte Sorge sei, so sagten sie ein ums andere Mal, dass die Menschen die hier begangenen Verbrechen vergessen könnten. Oder schlimmer noch, dass Geschichtsfälscher und Negationisten die Oberhand gewinnen könnten, die behaupteten, es wäre hier gar nicht so schlimm gewesen oder die die Verbrechen gar gänzlich leugneten. Umso mehr schätzten es die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, dass die Welt an eben jenem Tag auf diesen Ort schaute und sich erinnern wollte.

Monate später, an einem ganz normalen Wochentag im Oktober, schienen die hoffnungsvollen Erwartungen enttäuscht zu werden. Niemand interessierte sich für den Gedenkort Sobibór, einige Hundert Kilometer nordöstlich von Oświęcim. Während das Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau in jenem Gedenkjahr im Schnitt von mehr als 400 Menschen täglich besucht wurde, fand nur ein Bruchteil den Weg nach Sobibór. Dabei waren

auch in dieser Abgeschlossenheit, nahe der heutigen Grenze zur Ukraine, Hunderttausende Menschen ermordet worden. Anders als beim riesigen Konzentrations- und Zwangsarbeiterlagersystem Auschwitz-Birkenau handelte es sich bei dem von den Deutschen errichteten Vernichtungslager Sobibor um eine reine Mordstätte. Hier fanden keine „Selektionen“ statt – wer mit dem Zug an diesen Ort deportiert worden war, wurde kurze Zeit später umgebracht. Fast ausnahmslos. Überlebt haben nur knapp 50 Gefangene, die mit einigen Hundert anderen zusammen am 14. Oktober 1943 den Aufstand wagten und entkommen konnten.

Ein Eindruck drängte sich auf: Diese Orte stehen im Schatten von Auschwitz. Besuche weiterer ehemaliger NS-Tatorte bestätigten das Bild. Das Interesse der breiten Öffentlichkeit am Holocaust, das Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus und seinen Verbrechen geht an diesen Plätzen vorbei. Warum das so ist, darüber lässt sich nur spekulieren. Vielleicht ist es in den vergangenen Jahren zu einer Art Selbstläufer geworden, dass, wer sich mit dem Massenmord an den europäischen Juden auseinandersetzen möchte, meint, Auschwitz besuchen zu müssen. Es erscheint fast wie eine Gleichung: Holocaust = Auschwitz. Andere Stätten werden nicht oder nur wenig wahrgenommen. Vielleicht reicht das Interesse nicht für die ganze Geschichte? Vielleicht liegt es aber auch schlicht am mangelnden Wissen darüber, dass der Holocaust eben nicht nur in Auschwitz-Birkenau stattfand?

Der Eindruck, der in den Titel dieser Publikation eingeflossen ist, mag provozieren. Doch die verwendete Metapher möchte nicht die Hinterbliebenen und Angehörigen von Opfern der nationalsozialistischen (Massen-)Morde vor den Kopf stoßen, die in Auschwitz Verwandte und geliebte Menschen verloren haben. Und die aufgeworfene Frage nach dem mangelnden Wissen möchte ebenso nicht Historikerinnen und Historiker brüskieren, die seit Jahr(zehnt)en zum Thema

forschen und mit vielen Studien zeigen, wie unterschiedlich und an wie vielen Orten die Morde begangen wurden. Gleichwohl bringt die Frage eben auf den Punkt, was wir in den vergangenen Jahren beobachtet haben und was sich infolge zahlreicher Gespräche und Begegnungen zu einem deutlichen Bild verdichtete: Die in diesem Band in den Mittelpunkt gerückten Vernichtungslager und Mordstätten und die Geschehnisse, die sich dort abspielten, sind jenseits eines Fachpublikums in der breiten deutschen Öffentlichkeit bislang kaum bis gar nicht bekannt. Schon gar nicht sind sie ein Teil der deutschen Erinnerungskultur.

Es liegt jedoch nicht etwa am fehlenden Interesse Jugendlicher, junger Erwachsener und Erwachsener: Veranstaltungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen oder Diskussionen mit Besucherinnen oder Besuchern von NS-Gedenkstätten und Dokumentationszentren zeigen, dass viele Menschen wissen wollen, was damals geschah. Wie aus Nachbarinnen oder Nachbarn plötzlich „der Jude“ wurde, welches Schicksal die Menschen erleiden mussten, wer in den Lagern „selektiert“ wurde zur Zwangsarbeit, zunächst also leben durfte, während andere sofort umgebracht wurden. Wer die Aufseher(innen) waren, wer die Gaskammern betrieb, wer die Schusswaffe auf andere Menschen richtete und abdrückte. Was die Täter und deren Helfer und Kollaborateure antrieb, Jüdinnen und Juden, Sintizas und Sinti, Romnija und Roma, Menschen mit Behinderungen, Patientinnen und Patienten zu „Minderwertigen“ zu erklären und die Menschen so gnadenlos zu verfolgen und zu ermorden.

Das Problem liegt wohl vielmehr darin begründet, dass es am Wissen um andere Massenmordstätten mangelt – Kulmhof, Belzec, Lemberg-Janowska, Majdanek, Maly Trostinez, Babij Jar und all die anderen Orte, an denen Zehntausende, Hunderttausende ermordet wurden, sie bleiben weitgehend abstrakte Punkte auf den historischen Karten, weil im Mittelpunkt der Betrachtungen stets Auschwitz steht.

... in den Schatten treten

Der Wunsch, diese „anderen Orte“ zum Sprechen zu bringen, führte uns dazu, 2016 eine Exkursion für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu organisieren. Doch welche Stätten jenseits von Auschwitz sollten besucht werden? Nationalsozialistische Massenmorde fanden in besonders großem Umfang statt im Konzentrationslager Stutthof bei Danzig (Gdańsk), im Konzentrationslager Groß-Rosen bei Breslau (Wrocław), im Konzentrationslager Kauen (Kaunas) oder im Rahmen von Massenerschießungen im Wald bei Aukštėji (Paneriai) nahe Vilnius, im Wald von Rumbula in Riga, in Bronnaja Gora (Бронная Гора) auf halber Strecke zwischen Baranawitschy und Kobryn, in Odessa (Одеса) und in Dutzenden anderen Dörfern und Städten in den von Deutschen besetzten Gebieten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa.

Um unsere Reise tatsächlich auch in realistischem Umfang durchführen zu können, mussten pragmatische, aber wohl überlegte Entscheidungen getroffen werden, welche Orte in den Fokus gerückt werden sollten. Unterbewertet sind die Vernichtungslager der so genannten „Aktion Reinhardt“, die Mordstätten von Belzec, Sobibor und Treblinka, in denen über 1,5 Millionen Jüdinnen und Juden umgebracht wurden. Bedeutsam schienen uns Maly Trostinez, als das größte Mordzentrum der deutschen Besatzer in Belarus, und Babij Jar, die Schlucht am Rande von Kiew, der Massenerschießungsort in der Ukraine. Mit Perspektive auf die Forschungen zum Holocaust erschienen noch weitere Orte gewichtig, da sie für einen bestimmten Abschnitt in der systematischen Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden stehen: In Kulmhof wurden in großem Umfang erstmals Menschen in Gaswagen ermordet. In Kamenez-Podolsk fand das erste Massaker in bis dahin ungeahnter Dimension statt, bei dem mehrere Zehntausend Menschen binnen drei Tagen erschossen wurden. Das Zwangsarbeiterlager Lemberg-Janowska wiederum war berüchtigt für seine Haft-

bedingungen und verfügte über Erschießungsgruben, wo erschöpfte Sklavenarbeiterinnen und -arbeiter sowie jene Jüdinnen und Juden hingerichtet wurden, die dorthin verschleppt worden waren und für die es keine „Verwendung“ gab. Und schließlich das Lager Lublin-Majdanek: Als Kriegsgefangenenlager geplant, dann Zwangsarbeits- und schließlich Konzentrationslager, wurde es im November 1943 zum Schauplatz für die Ermordung der letzten Jüdinnen und Juden im Generalgouvernement.

Die genannten Stätten waren aber oft nicht die einzigen Schauplätze nationalsozialistischer Massenverbrechen vor Ort: Die Staatliche Gedenkstätte „Chatyn“, nördlich von Minsk, erinnert an eine der vielen schrecklichen Episoden des deutschen Vernichtungskrieges im Osten. Sie steht am Ort des früheren Dorfes Chatyn (Хатынь), das am 22. März 1943 mitsamt seiner Einwohnerschaft, Männern, Frauen und Kindern, niedergebrannt wurde. Es war eine von vielen hundert Ortschaften, die so von den deutschen Besatzern ausgelöscht wurden und deren Bewohnerinnen und Bewohner erschossen oder in Scheunen eingesperrt und verbrannt wurden. Vom Gelände des ehemaligen Stammlagers (Stalag) 352 in Minsk, das als eines der schlimmsten Kriegsgefangenenlager galt, in dem Zehntausende Rotarmisten unter elendsten Bedingungen sterben mussten, ist nur noch ein Rest erhalten, auf dem sich heute ein Denkmal und ein kleiner Friedhof befinden. Tschortkiw wiederum, gelegen auf der Strecke zwischen Kamjanez-Podilskyj und Lwiw, dem früheren Lemberg, ist ein Beispiel für die zahllosen dezentralen Massenerschießungen, bei denen nicht Zehntausende, sondern „nur“ einige Hundert und bis wenige Tausend Jüdinnen und Juden aus den umliegenden Dörfern ermordet wurden.

Die Exkursion führte uns außerdem durch Trawniki, im Südosten von Lublin gelegen, wo die in der Regel aus Kriegsgefangenenlagern rekrutierten Rotarmisten als „Freiwillige“ zu Hilfskräften der SS ausgebildet wurden. Zudem bot die Reise

auch Raum, das Belarussische Staatliche Museum der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges in Minsk sowie das Nationale Museum der Geschichte der Ukraine im Zweiten Weltkrieg in Kiew zu besuchen, die weitere Einblicke in die Erinnerungskulturen und deren Akzentuierungen in Belarus und der Ukraine boten. Und schließlich eröffneten die Aufenthalte die Chance, sich über die ehemaligen jüdischen Ghettos in Siedlce, Minsk, Kiew, Ternopil oder Lwiw zu informieren. Die Ausführungen der Guides ließen erahnen, wie vielfältig das jüdische Leben an all diesen Orten einst gewesen sein muss – bevor die Deutschen kamen und es auslöschten.

Mit der Planung der Exkursion verdichtete sich der Wunsch, die vor Ort gewonnenen Kenntnisse, Eindrücke und Impressionen in einem Buch festzuhalten, untermauert mit historischem Wissen. Einen Akzent haben wir dabei darauf gelegt, dass die Beiträge Ideen und Ansatzpunkte vorstellen, wie sich Besucherinnen und Besucher oder Gruppen an diese historischen Orte heute annähern können – sei es als Individualtouristen oder Studienreisende oder auch im Kontext internationaler Jugendbegegnungen.

Allen Mitreisenden der Exkursion, die sich selbst schon seit Jahren mit den Themen Holocaust, nationalsozialistische Konzentrations- und Vernichtungslager und Massenmorde und auch mit historisch-politischer Bildung in diesem Kontext beschäftigen, bot die Studienfahrt neue Impressionen und Perspektiven. Die Beiträge des Bandes spiegeln dies wider.

Studienreisen an einstige NS-Mordstätten

Grundsätzlich ermöglichen Gedenkstättenfahrten, als die derartige Studienreisen gemeinhin bezeichnet werden, eine besondere Form der Auseinandersetzung mit dem Holocaust und den nationalsozialistischen Massenverbrechen. Daher sollte im Vorfeld genau geklärt werden, was die Intention und Zielsetzung einer solchen Reise sein soll.

Die Fahrt an frühere NS-Mordstätten ist in der Regel mit der Vorstellung verbunden, einen authentischen Ort zu besuchen. Doch oft stellt sich Enttäuschung ein, weil zum Beispiel die Lager eben nicht mehr so aussehen wie zu Zeiten ihres „Betriebs“. Tatsächlich sind nur an wenigen dieser Orte noch Gebäude(reste) erhalten oder rekonstruiert worden. Oft ist das Gelände heute überformt mit einer Gedenklandschaft oder überwuchert von Wiesen und mit Bäumen bewachsen, dort, wo einst Menschen gelitten haben, umgebracht oder begraben wurden. Hinzu kommt, dass unser Wissen um die Orte in der Regel aus einer Handvoll Schwarz-Weiß-Fotografien resultiert, aus Zeichnungen Überlebender und vor allem deren mündlichen Erinnerungen. Daraus formt sich ein Bild, das individuell meist zu der Vorstellung geführt hat, dass an diesen Orten immer dunkler Spätherbst gewesen sei. Entsprechend groß ist die Irritation, wenn man an einem sonnigen Frühlingstag beispielsweise vor den blühenden Wiesen des Museums Majdaneks steht. „So habe ich mir das überhaupt nicht vorgestellt“, ist eine häufige Aussage von Besucherinnen und Besuchern.

Gedenkstättenfahrten und Studienreisen bieten die Chance, unsere Vorstellungen zu überdenken. Gleichwohl ist es wichtig, sich stets vor Augen zu führen, dass man sich in der Regel zwar an einem authentischen Ort befindet, in dem Sinne, dass genau hier einst die Ereignisse beziehungsweise Verbrechen stattfanden, alles Übrige aber in der Regel nicht mehr „echt“ ist. Steingebäude konnten die Zeit überdauern, Holzbauten, die man heute sieht, sind jedoch oft Rekonstruktionen. So können die Gedenkstätten an den Orten der ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager, insofern sie Elemente der früheren Infrastruktur zeigen, heute nur sehr begrenzt abbilden, wie es damals dort ausgesehen hat. Das ist auch nicht ihre primäre Aufgabe: Vielmehr wollen sie am Ort der Verbrechen an das begangene Unrecht erinnern und der Toten gedenken. Vergessen wird oft, dass die eins-

tigen Mordstätten nicht nur Tatorte sind, sondern zugleich auch riesige Friedhöfe – riesig nicht unbedingt im Sinne einer räumlichen Ausdehnung, sondern angesichts der Anzahl der Menschen, die dort ermordet, verbrannt und in Massengräbern verscharrt wurden. Im Übrigen ist es unseres Erachtens nicht einmal annähernd möglich, einen Eindruck davon zu bekommen, wie es damals „da gewesen sein muss“. Erinnerungen Überlebender bieten sich vielleicht am ehesten an, sich dem Schrecken der Realität in diesen Lagern anzunähern; subjektiv, aus der Perspektive des Überlebenden und begrenzt durch die Beschränkungen unserer Sprache. Dennoch können die Gedenkorte uns zumindest einen Eindruck von den Dimensionen, den einstigen Topografien und der Lage der historischen Orte vermitteln: So wird man gewahr, dass, verglichen mit den Konzentrationslagern Majdanek oder Auschwitz-Birkenau, die Lager der „Aktion Reinhardt“ sehr klein gewesen sind – ausgerichtet einzig darauf, Menschen massenhaft umzubringen. Entsprechend unterschiedlich erweisen sich die Topografien der einstigen Lagergebiete: Die Wege von der Rampe, an der die Deportationszüge ankamen, zu den Gaskammern wurden in Belzec, Sobibor und Treblinka so kurz wie möglich gehalten – ähnlich kurz auch die Wege in Chełmno, das die Deutschen in „Kulmhof“ umbenannten, und dort eine Vernichtungsstätte einrichteten. Die Hügellandschaft von Babij Jar wiederum bot den deutschen Einsatzkommandos aus ihrer Perspektive ideale natürliche Bedingungen. Die Erschießungsgruben mussten nicht ausgehoben, sondern nur deren Ränder gesprengt werden, um die Leichen zu bedecken. Der für die Mordstätten ausgesuchte Standort war stets bedacht und Ausdruck der rationalen Planung der Massenmorde. Und schließlich die Lage: Auf Karten oder über entsprechende Webseiten lässt sich abstrakt nachvollziehen, ob die Lager einst abgeschieden oder in der Nähe von Zentren lagen. Genaueres offenbart jedoch nur ein Besuch vor Ort.

Eine Schmalspurbahn brachte die Menschen ins Vernichtungslager Kulmhof, wo sie in die Vergasungswagen stiegen, die durch das Dorf fuhren. Die Anwohnerinnen und Anwohner wussten, dass dort grauenvolle Dinge vorgehen mussten, denn von den vielen Menschen, die mit der Bahn kamen, verlor sich dann jede Spur. Das gilt auch für viele andere Orte: Die Lager der „Aktion Reinhardt“ lagen direkt an Bahnstrecken, auf denen auch Truppentransporte oder reguläre Züge verkehrten. Anderswo waren die Schüsse zu hören, die vom Morgen bis zum Abend andauerten. Ferner offenbart eine solche Studienreise, insofern sie nicht per Flug stattfindet, welche Strecken die Chefplaner der „Endlösung“ in Kauf nahmen, um in Westeuropa ihre Verbrechen zu verschleiern (je weiter es indes nach Osten ging, desto weniger tarnten sie, was sie taten). Die Zugfahrt von Berlin nach Lublin dauert noch heute im günstigsten Fall zehn Stunden, von Berlin nach Minsk zwanzig Stunden und nach Kiew zweiundzwanzig Stunden. Die räumlichen Dimensionen, die damals mit den Transporten der Reichsbahn auf deren weit ausgebautem Streckennetz bewältigt wurden, waren enorm. Ohne dieses hätte es den Holocaust wohl auch nicht in der Form geben können.

Wer die einstigen NS-Mordstätten besuchen möchte, sollte sich im Vorfeld vorbereiten auf das, was ihn oder sie erwartet – dies gilt insbesondere für Gruppenreisen, ob mit Jugendlichen oder Erwachsenen. Dazu gehört nicht nur, sich mit dem Holocaust und den Massenverbrechen des Nationalsozialismus im Vorfeld zu beschäftigen, sondern auch mit der Bedeutung und Funktion des oder der ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager(s) oder Massenerschießungsstätte(n), die besucht werden sollen. Vor Ort kann dann auf diesem Wissen aufgebaut werden beziehungsweise können fundierte Fragen formuliert und Erkundungen vorgenommen werden. Individuelle Zugänge ermöglichen zudem die Erinnerungen Überlebender, die aus

ihrer Perspektive schildern, wie sie das Grauen des Alltags in den Lagern erlebten. Mahnend mag dabei der Finger erhoben und die Frage aufgeworfen werden, wie sich dieser biografische Zugang mit dem Prinzip des Überwältigungsverbots des Beutelsbacher Konsenses vertrage, den viele politische Bildnerinnen und Bildner als eine Selbstverpflichtung erachten. Tatsächlich muss die (pädagogisch vermittelnde) Annäherung über die Literatur von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mit Fingerspitzengefühl geschehen. Dafür sollten Räume eröffnet werden, in denen nicht nur rational über die Informationen oder den literarischen Stil diskutiert wird, sondern vor allem auch die Möglichkeit geboten wird, die eigenen Gefühle auszudrücken. Dies gilt ebenso für die Fahrten und die Besuche selbst. Es muss stets ausreichend Zeit zur individuellen und gemeinschaftlichen Reflexion der Teilnehmenden gegeben sein. Und nach der Rückkehr ist eine Nachbereitung ebenso unerlässlich wie die Vorbereitung, so haben es die jahrzehntelangen Erfahrungen der Bundeszentrale für politische Bildung mit Studienreisen gezeigt.

Aufbau des Buches

Der Beitrag „Die nationalsozialistischen Massenmorde in Osteuropa“ von Dr. Susanne Heim leitet in die historische Thematik des Bandes ein und schlägt einen weiten Bogen, vom Antisemitismus und der Lebensraumideologie der Nationalsozialisten, ihren bevölkerungspolitischen Vorstellungen und dem „Generalplan Ost“ zu Vertreibungen, Umsiedlungen und Deportationen, zu den Morden an Patientinnen und Patienten und der einheimischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten bis zum Genozid an den Sinti und Roma und dem Holocaust, dem Massenmord an den europäischen Juden. Dabei benennt die Autorin die Hauptverantwortlichen und gibt einen kurzen Überblick über die Nachkriegsprozesse gegen die gefassten Täter. Der Beitrag steckt den Rahmen ab für die neun anschließenden Einzeldarstellungen im Abschnitt „Historischer Rückblick“.

Dr. Peter Klein setzt sich mit dem Vernichtungslager Kulmhof auseinander. Dr. Mario Wenzel, Dr. Annika Wienert und Dr. Sara Berger betrachten die Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“, Belzec, Sobibor und Treblinka. Dem „Holocaust by bullets“ beziehungsweise dem „Völkermord mittels Massenerschießungen“ widmen sich Ādám Gellért am Beispiel Kamenez-Podolsk und Dr. Bert Hoppe am Beispiel Babij Jar. Dr. Petra Rentrop-Koch beschreibt, wie in Maly Trostinez Jüdinnen und Juden zur Skavenarbeit gezwungen wurden, um dann ermordet zu werden, die meisten der aus Minsk und aus Westeuropa dorthin deportierten Jüdinnen und Juden jedoch gleich erschossen wurden. Anders im Lager Lemberg-Janowska: Hier stand die Ausbeutung der Arbeitskraft der Häftlinge an erster Stelle, wie David Alan Rich zeigt – erschossen wurde, wer als nicht mehr „arbeitsfähig“ eingestuft wurde oder wenn zu viele Jüdinnen und Juden an den Ort verschleppt wurden. Dr. Tomasz Kranz beschreibt schließlich den bereits angerissenen Wandel des Lagers in Majdanek vom Konzentrations- zum Vernichtungslager.

Dr. Ingo Loose, Katharina Ruhland, Christian Wolpers, Andreas Ehresmann, Katja Anders, Uta Körby, Gisela Ewe, Dr. Steffen Hänschen und Dr. Regine Heubaum wenden sich den Orten aus heutiger Perspektive zu. Sie skizzieren dabei, oft in Form eines Rundgangs auf den heutigen Gedenkstätten-Geländen, wie dort an das Geschehene erinnert und dessen gedacht wird. Karten und Fotos unterstreichen die Ausführungen und ermöglichen es bei einem Besuch, sich zu orientieren. Außerdem entwickeln die Autorinnen und Autoren Ideen und Konzepte, in welcher Art und Weise eine Annäherung und Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Ort gestaltet werden kann. Die vorgeschlagenen Zugänge lassen sich mitunter auch auf andere Orte anwenden.

Im Abschnitt „Opfer und Täter“ widmet sich Dr. Christoph Dieckmann der Erinnerungskultur und dem Opfergedenken in den Ländern des ehemaligen Ost-

blocks. Der Erinnerung an den über Jahrzehnte missachteten NS-Völkermord an den Sinti und Roma im besetzten Polen und in den besetzten Gebieten der Sowjetunion widmet sich Dr. Karola Fings. Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen an Kriegsgefangenen der Roten Armee ist bis in die jüngste Vergangenheit ein verdrängtes Thema, dem sich Leonore Martin am Beispiel des früheren Stalags 352 in Minsk zuwendet. Dr. Martin Cüppers umreißt im Anschluss Tätertypen und Motive des Handelns der Täter, während Thomas Köhler zeigt, dass dabei bis heute die Rolle der Ordnungspolizei verkannt beziehungsweise in den Ausstellungen in Gedenkstätten und Museen oft auch nicht benannt wird. Schließlich problematisiert Dr. Angelika Benz das vorherrschende Bild über die „Trawniki-Männer“, bei dem oft vergessen werde, dass sie selbst erst Opfer waren, bevor sie selbst zu Tätern und Helfern der deutschen Besatzer wurden.

Pädagogische Zugänge und Konzepte zur Auseinandersetzung mit den Orten im Rahmen schulischer und außerschulischer Bildung stehen im Mittelpunkt des letzten Abschnitts. Dr. Carola S. Rudnick weist auf die Verbindungslinien zwischen den so genannten „Euthanasie“-Morden und dem Holocaust hin und entwirft, wie dies im Rahmen einer Studienreise thematisiert werden kann. Andrea Nepomuck und Jan Skrzykowski zeigen, wie aus regionaler oder lokaler Perspektive zu den entfernten Orten gearbeitet werden kann – sei es in Form der Auseinandersetzung mit einer bestimmten Tätergruppe oder anhand der individuellen Lebensgeschichten von Menschen, die zu Opfern wurden. Sophie Schmidt hat sich auf die Spurensuche zu Unterrichtsmaterialien begeben, mithilfe derer beispielsweise die Lager Belzec, Sobibor und Treblinka zum Gegenstand historisch-politischer Bildung im schulischen Kontext werden können. Juliane Niklas und Piotr Kwiatkowski werben, aus unterschiedlicher Perspektive, für internationale Begegnungen und internationale Jugendarbeit vor

dem Hintergrund von Erinnerung und Verständigung. Andreas Kahrs, Anton Markschteder und Dr. Aliaksandr Dalhouski stellen die Bildungskonzepte ihrer Vereine zu den Lagern der „Aktion Reinhardt“ beziehungsweise zur nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung von Juden in Minsk vor, aus denen sich Ansätze für die Durchführung eigener Studienreisen ziehen lassen. Die kritische Betrachtung des Bildungsformats Gedenkstättenfahrt im Kontext der Rechtsextremismusprävention durch Felix Steinbrenner und Michael Sturm schließt den Band ab.

Bildauswahl

Das Format „Zeitbilder“ der Bundeszentrale für politische Bildung besticht durch die Möglichkeit, Informationen und Texte umfangreich mit Grafiken und großformatigen Fotografien zu flankieren. Sie sind in diesem Format nicht nur ein gestalterisches Element oder visuelles Dokument, sondern fungieren parallel zum Text als eine zweite Kommunikationsebene. Der erste Abschnitt des Buches, der historische Rückblick, ist ausschließlich mit zeitgenössischen Fotografien bebildert. Wenn sich der Ort und die Datierung einer Aufnahme nicht recherchieren ließen, wurde in der Regel darauf verzichtet, auf dieses Fehlen hinzuweisen. Bei der Auswahl der Fotos wurde davon abgesehen, Leichen, die Opfer der Massenmorde, zu zeigen.

Die weiteren Abschnitte des Bandes sind vor allem mit Aufnahmen des Fotografen Mark Mühlhaus bebildert. Er beschäftigt sich seit mehr als zwanzig Jahren mit den vielen unterschiedlichen Formen des Gedenkens an die nationalsozialistischen Verbrechen, insbesondere den Holocaust, und ist bedacht, nicht nur das Vordergründige fotografisch festzuhalten. Mark Mühlhaus hat die Exkursion im Frühjahr 2016 begleitet und fand, trotz der widrigen Umstände steter schneller Ortswechsel, eigene Zugänge zu den unterschiedlichen Plätzen. Seine Fotografien unterlegen die Beiträge so mit

einer eigenen Bildsprache und vermitteln damit eine (visuelle) Verknüpfung trotz vielfältiger textlicher und inhaltlicher Zugänge. Vor allem aber vermitteln sie einen Eindruck davon, wie es heute an diesen Orten aussieht.

Kartenmaterial

Die Beiträge zu den Orten nationalsozialistischer Massenverbrechen damals und den Gedenkorten heute werden in der Regel jeweils von einer Karte begleitet, die die Topografie der einstigen Gelände zeigt. Die Karten sollen zum einen eine Hilfe bei der Lektüre der Texte sein, vor allem aber sollen sie die Möglichkeit bieten, sich bei Besuchen dieser Orte zu orientieren. Nicht möglich war es leider, eine Karte von Kamenez-Podolsk in der ersten Hälfte der 1940er-Jahre zu erstellen. Weder scheint es aus dieser Zeit einen Plan mit dem Verzeichnis aller Straßen zu geben, noch ist bekannt, wo genau die Erschießungsorte lagen. Neben diesen Karten zu den historischen Orten finden sich begleitend zu drei Beiträgen Karten von Kamjanez-Podilskyj, Lwiw und Lublin heute. Sie sollen ermöglichen, nachzuvollziehen und gegebenenfalls auch selbst den Orten nachzugehen, die im jeweiligen Beitrag beschrieben sind.

Eine grundsätzliche Orientierung in Mittelost- und Osteuropa erlaubt die Übersichtskarte am Anfang des Bandes. Sie weist nicht nur die unterschiedlichen Grenzverläufe und Bezeichnungen für die von Deutschland besetzten Gebiete aus, sondern verzeichnet auch, wo welche Konzentrations- und Vernichtungslager sowie große Ghettos lagen und wo Massenerschießungen stattfanden. Die Übersicht des Fernverbindungsnetzes der Deutschen Reichsbahn am Ende des Bandes wiederum soll einen Eindruck vermitteln, wie verzweigt die Eisenbahnverbindungen bis weit in den Osten waren.

Inschriften

Die Möglichkeit, die in den Texten und in den Bildunterschriften zitierten zahlreichen Inschriften auf Gedenktafeln, Denk-

mälern, Monumenten oder Karten, die im Original auf Belarussisch, Englisch, Jiddisch, Hebräisch, Polnisch, Russisch oder Ukrainisch verfasst sind, auf Deutsch wiedergeben zu können, verdanken wir: Michal Bondy, Gisela Ewe, Dr. Steffen Hänchen, Dr. Ingo Loose, Lina Navrotska, Anna Rau. Danke!

Schreibweisen

Die Landstriche Mittel- und Osteuropas, die in diesem Band im Mittelpunkt stehen, gehörten in den vergangenen zweihundert Jahren zu wechselnden Reichen beziehungsweise Nationalstaaten. Oft verschoben sich dabei die Grenzen, vor und nach dem Ersten Weltkrieg, mit der Ausdehnung der Sowjetunion, mit dem Hitler-Stalin-Pakt, mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Entsprechend häufig veränderten sich beispielsweise Ortsnamen. Daher werden die historischen Ortsnamen der jeweiligen Zeit verwendet beziehungsweise die im Zeitraum der deutschen Besatzung eingedeutschten Bezeichnungen. Wenn es um die heutigen Orte geht, finden grundsätzlich die gegenwärtigen Bezeichnungen Verwendung. Folglich wird beispielsweise der Name „Kulmhof“ für das Vernichtungslager im „Reichsgau Wartheland“ im Zeitraum der 1940er-Jahre verwendet, im Hinblick auf den heutigen (Erinnerungs-)Ort aber der heutige polnische Name Chełmno. Autorinnen und Autoren haben wir überdies spezifische eigene Schreibweisen zugestanden.

Kontrovers diskutiert wurde, ob in Bezug auf jene Lager, die für die massenhaften Ermordung von Menschen bestimmt waren, von „Vernichtungslagern“ gesprochen oder ob besser eine alternative Formulierung gefunden werden sollte. Die Rede von „Vernichtungslagern“, so die Kritik, impliziere die Perspektive und letztlich den Sprachgebrauch der Nationalsozialisten, die eher von „vernichten“ und nicht von „töten“ oder „ermorden“ sprachen. Ein berechtigter Einwand, allerdings wurden im amtlichen Sprachgebrauch des NS-Systems tatsächlich weit aus euphemistischere Begriffe verwendet

zur Bezeichnung der Massenmorde. An dem Begriff „Vernichtungslager“ haben wir schließlich festgehalten, da es eine mittlerweile feststehende Bezeichnung ist. In Bezug auf die Menschen wird nicht von „vernichten“ gesprochen, sondern die Taten werden als das benannt, was sie waren: Morde, Massenmorde. Hundertfach. Tausendfach. Millionenfach.

Danksagung

Wir möchten nicht schließen, ohne den Kolleginnen und Kollegen gedankt zu haben, die mit ihrer Hilfe maßgeblich zum Gelingen dieses Projekts beigetragen haben:

Dr. Hans-Georg Golz und Hanne Wurzel für das Vertrauen in das Vorhaben und die Unterstützung. Wiltrud Thome für die Unterstützung bei der konkreten Planung der Exkursion, die dem Band zugrunde lag. Rhaban Schulze Horn für seine strahlende Ruhe, die uns auf dieser Reise nicht nur eine große Hilfe bei der Bewältigung der verschiedenen Zollformalitäten war.

Dr. Ingo Loose, Dr. Steffen Hänchen und Dr. Aliaksandr Dalhouski, die bei Problemen und Fragen immer mit Rat und Tat halfen. Yvonne Paris für das umsichtige Lektorat. Benjamin Möller, Franziska Jostmeier, Julian Keitsch und Alina Hilbrecht sind mehr als studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und waren bei der Planung und Vorbereitung der Exkursion sowie der Realisierung des Bandes eine unverzichtbare Hilfe. Ronja Meurer und Mari Fenske für die aufwendige verwaltungstechnische Abwicklung. Unseren Layouterinnen Julia Kaltenbach und Andrea Tacke, die stets geduldig blieben, selbst wenn sich der Aufbau eines Beitrags zum wiederholten Male änderte.

Dr. Anna Ziólkowska und Bartłomiej Grzanka vom Museum der Gedenkstätte in Chełmno verdanken wir, dass wir auch am Feiertag die Ausstellung besuchen durften. Dr. Viktor Balakirev, Sabrina Bobowski, Dr. Aliaksandr Dalhouski und Tatjana Paschkur von der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte „Johannes Rau“ Minsk eröffneten weitreichende

Einblicke in die Gedenk- und Erinnerungskultur des Landes und Antanina Tschumakowa von der Geschichtswerkstatt Minsk in die Zeit der deutschen Besatzung der Stadt. Dr. Anatolii Podolskyi und Vitalii Bobrov vom Ukrainian Center for Holocaust Studies skizzierten mit unglaublichen Sachverstand die Geschichte des Holocaust in der Ukraine und ermöglichten uns, in ihren Räumlichkeiten Dr. Boris Zabarko, den Präsidenten der ukrainischen Vereinigung jüdischer ehemaliger Häftlinge der Ghettos und nationalsozialistischen Konzentrationslager, zu treffen. Nadia Ufimtseva erkundete mit uns Kamjanez-Podilskij, Oleksander Stepanenko Tschortkiw und Natalia Markus begleiteten uns in Ternopil; vor dem Hintergrund ihrer Recherchen berichteten sie darüber, wie sich die deutsche Besatzung, die Ghettos und nationalsozialistischen Massenmorde in „ihren“ Städten darstellten. Olha Pedan-Slyepukhina wagte sich mit uns in das Dickicht hinter dem ehemaligen Lager Janowska in Lwiw. Tomasz Hanejko und Ewa Koper vom Museum-Gedenkstätte in Bełżec ließen uns nicht nur einen Blick in die ehemalige, in Restaurierung befindliche Kommandantur werfen, sondern stellten sich geduldig allen wissbegierigen Fragen. Mit Details fesselte uns Michael Tregenza in Trawniki. Dr. Tomasz Kranz vom Staatlichen Museum Majdanek stellte uns, begleitet vom Leiter des Museums Sobibór, Dr. Krzysztof Skwirowski, die alte und neue Konzeption der Gedenkstätte Sobibór vor. Schließlich schritt Wiesław Wysok vom Staatlichen Museum Majdanek mit uns über das weitläufige Gelände der Gedenkstätte und erläuterte, wie dort pädagogisches Arbeiten ermöglicht wird. Sie alle bestachen mit ihrem hohen Sachverstand und ihren herzlichen Begrüßungen. Die durch sie gewonnenen neuen Eindrücke begleiten uns bis heute. Reisen bildet, das können wir aus Erfahrung sagen.

Bonn, 31. August 2017
Martin Langebach und
Hanna Liever



1

1/Von links nach rechts: Reichsführer SS Heinrich Himmler, SS-Obergruppenführer und Leiter des Reichssicherheitshauptamts Reinhard Heydrich sowie SS-Obergruppenführer und Chef des Hauptamtes „Persönlicher Stab Reichsführer SS“ Karl Wolff im Gespräch auf der Terrasse des Berghofs auf dem Obersalzberg (Foto undatiert).



SUSANNE HEIM

Die nationalsozialistischen Massenmorde in Osteuropa

Pläne, Motivationen,
Umsetzungen, Täter, Opfer,
juristische Ahndung

An seiner Absicht, Deutschland zur Weltmacht zu machen, hatte Adolf Hitler nie einen Zweifel gelassen. Nur bei Strafe des Untergangs, so seine Überzeugung, könne das deutsche Volk darauf verzichten, seine Staatsgrenzen auszudehnen – und zwar in Richtung Osten. Das deutsche Weltreich jedoch war in Hitlers Vorstellung immer ein Reich ohne Juden, in dem den Deutschen die Rolle der Herrenmenschen zukäme und die slawische Bevölkerung allenfalls eine Untertanenrolle innehaben würde.

Nach 1933 machten sich die Nationalsozialisten daran, diese Utopie umzusetzen – ohne ausformuliertes Programm und keineswegs gradlinig, sondern mit vielen Umwegen und pragmatischen Kompromissen, aber zunehmend radikal. Die ideologischen Grundlagen dieses Feldzugs sollen im Folgenden skizziert werden: die Lebensraumideologie ebenso wie die eugenischen Vorstellungen von „Auslese“ und „Ausmerze“ und die Idee einer rassistischen Hierarchie als Grundlage künftiger Herrschaft. Massenhafte Vertreibung, Raub und Genozid galten Hitler und seinen Gefolgsleuten als probate Mittel, um die deutsche Vorherrschaft zunächst in Europa und schließlich weit darüber hinaus durchzusetzen. Innerhalb dieses Konzepts kam der Verfolgung der Juden eine zentrale Bedeutung zu. Und während nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion die deutschen Welteroberungspläne immer schwieriger realisierbar erschienen, hatte die sogenannte Endlösung der Judenfrage umso höhere Priorität. Die deutsche Führung setzte darauf, dass der Mord an den europäischen Juden gerade dann am besten durchsetzbar wäre, wenn die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf das Kriegsgeschehen konzentriert war.

In einem zweiten Schritt werden die wichtigsten Entscheidungsprozesse zum Genozid an den Juden dargestellt sowie die Protagonisten und die mörderischen Methoden, derer sie sich bedienten, um ihre Utopie einer rassistisch homogenen Gesellschaft zu verwirklichen. Schließlich

soll in groben Umrissen der juristische Umgang mit den beispiellosen Verbrechen der NS-Zeit skizziert werden.

Lebensraum und Ressourcenmanagement

Die Idee, das deutsche Siedlungsgebiet nach Osten auszudehnen, ist keine nationalsozialistische Erfindung. Schon im Ersten Weltkrieg diskutierten deutsche Akademiker eine solche Expansion und verknüpften sie mit dem Vorschlag, die in den eroberten Gebieten ansässige Bevölkerung zugunsten deutscher Siedler zu vertreiben.¹ Nach dem Verlust der deutschen Kolonien deklarierten Wissenschaftler verschiedener Disziplinen zunehmend den Osten Europas zum „natürlichen Siedlungsraum“ der Deutschen. Der 1926 erschienene Roman „Volk ohne Raum“ von Hans Grimm gab die Losung vor, um die Kompensation der kolonialen Gebietsverluste zur Überlebensfrage für die Deutschen zu stilisieren. Eine Optimierung der Raum- sowie allgemein der Ressourcenplanung erschien als das Gebot der Stunde, nicht zuletzt auch, weil im Ersten Weltkrieg die Versorgungsgänge wesentlich zur deutschen Niederlage beigetragen hatten. Demnach mussten alle Kräfte mobilisiert werden, um die Zukunft des Volkes zu sichern.

Diese keineswegs nur in der politischen Rechten verbreiteten Vorstellungen wurden unter der nationalsozialistischen Herrschaft zunehmend aggressiv aufgeladen. Als Hitler im November 1937 seine Expansionspläne vor führenden Wehrmachtsgenerälen konkretisierte, verband er die Ideologie vom „Lebensraum im Osten“ mit Plänen zur umfassenden militärischen und wirtschaftlichen Mobilisierung. Da Deutschland seine wachsende Bevölkerung nicht allein aus dem Reichsgebiet ernähren könne, sei eine gewaltsame Beseitigung der „Raumnot“ unumgänglich.² Neue Rohstoffgebiete sollten jedoch nicht mehr in Übersee, sondern auf dem europäischen Kontinent erobert werden.

Neben dem gewaltsamen Vorgehen nach außen galt auch die strikte Bewirt-

schaftung der Ressourcen im Innern als unerlässlich. Diese Aufgabe war dem Vierjahresplan zugeordnet. Im Jahr 1936 hatte Hitler eine Denkschrift verfasst, der zufolge die Wirtschaft binnen vier Jahren kriegstauglich werden müsse.³ Zum Beauftragten für den Vierjahresplan wurde Hermann Göring ernannt. Unter dessen Regie entstand eine Behörde, die die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen koordinierte und zu weitreichenden Eingriffen in Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik befugt war.

Darüber hinaus war die Vierjahresplan-Behörde auch in alle Grundsatzdebatten über die antijüdische Politik eingebunden. Ziel dieser Politik war es zunächst, die Juden außer Landes zu drängen, indem man ihnen das Leben in Deutschland möglichst unerträglich machte. Zwar musste der Boykott jüdischer Geschäfte im April 1933 bereits nach einem Tag wieder abgebrochen werden, doch griff der soziale, gesellschaftliche und rechtliche Ausschluss der Juden danach schleichend um sich: Jüdische Unternehmer erhielten keine öffentlichen Aufträge mehr, jüdische Beamte wurden ebenso wie Kommunisten und Sozialdemokraten aus dem Staatsdienst entlassen, jüdische Ärzte verloren zunächst ihre Kassenzulassung, später auch die Approbation, Rechtsanwälte ihre nicht jüdischen Klienten, bevor ihnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch formal ein Berufsverbot auferlegt wurde. Zunehmend sozial isoliert und ihrer Existenzgrundlage beraubt, sahen sich immer mehr Jüdinnen und Juden zur Auswanderung gezwungen.

In den ersten Jahren der NS-Herrschaft zögerten die Verantwortlichen aus wirtschaftlichen Gründen noch, Juden die unternehmerische Tätigkeit zu verbieten, doch das änderte sich 1938. Nach dem Novemberpogrom war es Hermann Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan, der die Spitzen der deutschen Ministerialbürokratie versammelte, um sie über die Neuausrichtung der antijüdischen Politik und die anstehende „Entjudung“ der Wirtschaft zu unterrichten. In der gleichen Funktion erteilte er im Juli 1941 Reinhard Heydrich, dem Chef der Sicherheitspolizei (Sipo) und des Sicherheitsdienstes (SD) des Reichsführers SS, den Auftrag, eine „Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa“ vorzubereiten.⁴

Patientenmorde

Auf sozialpolitischem Gebiet bedeutete die Konzentration aller Anstrengungen auf einen bevorstehenden Krieg auch eine rigide Ausrichtung der Sozialpolitik am Leistungsprinzip. Eine Gesellschaft, die selbst um ihr Überleben zu kämpfen hatte, so die Begründung, könne es sich nicht leisten, wertvolle Ressourcen an Leistungsunfähige zu verschwenden. Aus der Sicht der nationalsozialistischen Bevölkerungsexperten waren gerade die ver-



2/ Reichsführer SS Heinrich Himmler im Gespräch mit Hermann Göring, der unter anderem Beauftragter für den Vierjahresplan war (21. Juni 1940).

meintlich Besten im Krieg gefallen, die Untauglichen hingegen überproportional verschont geblieben. Eugenische Ordnungsvorstellungen, die Angst vor einer Degeneration der Bevölkerung und die Forderung nach Aussonderung der vermeintlich Unbrauchbaren hatten seit der Jahrhundertwende an Popularität gewonnen und gehörten auch zu den Kernaussagen nationalsozialistischer Propaganda.

In den ersten Wochen des Zweiten Weltkriegs begann mit der planwirtschaftlichen Erfassung der Patientinnen und Patienten aller Heil- und Pflegeanstalten im Reichsgebiet die sogenannte Aktion T4. Vom 9. Oktober 1939 an mussten die Anstalten dem Reichsinnenministerium auf Fragebögen Auskunft über ihre Patientenschaft erteilen, über die Art der Erkrankungen, die Dauer der Anstaltsaufenthalte und die Arbeitsfähigkeit. Auf der Grundlage dieser Daten entschieden ausgewählte Ärzte darüber, welche der als unheilbar geltenden und dauerhaft nicht arbeitsfähigen Patientinnen und Patienten in der Folgezeit zu ermorden seien. Bei jüdischen Kranken wurde auf eine derartige Selektion verzichtet: Sie wurden unabhängig von Heilungschancen und Arbeitsfähigkeit ausnahmslos getötet.

Die Morde fanden statt in der Zeit zwischen Januar 1940 und August 1941 in sechs eigens eingerichteten Tötungsanstalten, verteilt auf das gesamte Reichsgebiet: in Grafeneck in der Nähe von Reutlingen, Brandenburg an der Havel, Bernburg an der Saale, Hadamar bei Limburg, Hartheim bei Linz und in Pirna-Sonnenstein. Spezielle Busse brachten mehr als 70.000 Patientinnen und Patienten zu den Mordstätten, in denen sie mittels Giftgas getötet wurden. Obwohl es sich bei der „Euthanasie“ um eine Geheimaktion handelte, kamen einige Monate nach ihrem Beginn in der Umgebung der Mordanstalten und unter den Angehörigen der Opfer Gerüchte auf, weil der Zusammenhang zwischen der Abholung der Kranken und der Übersendung einer Sterbeurkunde an die Familie kurz darauf allzu auffällig war. Mit den Gerüchten verbreitete sich die Angst, dass bald auch andere vermeintlich Unbrauchbare – etwa alte Menschen oder Kriegsinvalide – ermordet werden könnten. Am 3. August 1941 hielt der Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen eine Predigt, in der er eben diese Befürchtungen offen aussprach und die Tötung der Anstaltspatienten als Mord brandmarkte. Wenig später wurde die „Euthanasie“ in den T4-Tötungsanstalten eingestellt.

Das Morden ging jedoch nach kurzer Unterbrechung dezentral und weniger auffällig weiter: Die Patientinnen und Patienten wurden nun nicht mehr in spezielle Tötungsinstitutionen verlegt, sondern in den Anstalten, in denen sie oft schon Jahre gelebt hatten, ermordet – mit Giftspritzen oder durch systematische Unterversorgung, indem man sie langsam verhungern ließ. In den annektierten und deutsch besetzten Gebieten Osteuropas

3



3/ In der Landesheilanstalt Hadamar war eine der NS-Tötungsanstalten der so genannten „Aktion T4“ untergebracht (Aufnahme vom 7. April 1945).

wurden die Kranken, ebenso wie die jüdischen Psychatriepatientinnen und -patienten im Reich, ohne nähere Selektion unterschiedslos ermordet, oftmals, um die Anstalten als Lazarette für verwundete deutsche Soldaten nutzen zu können. Insgesamt wird die Zahl der „Euthanasie“-Opfer auf 200.000 Personen geschätzt; da jedoch bislang eingehende Untersuchungen über die Krankenmorde in den betreffenden Gebieten fehlen, sind präzise Angaben nicht möglich. Vom Frühjahr 1941 an fuhren die „Euthanasie“-Ärzte zudem auch in die Konzentrationslager, wo sie Häftlinge zur Ermordung auswählten, die als politisch oder rassisch unerwünscht galten, krank oder aufgrund von Erschöpfung arbeitsunfähig waren. Binnen eines Jahres wurden im Rahmen dieser unter dem Kürzel „14f13“ firmierenden Mordkampagne mindestens 10.000 Häftlinge getötet.

Die Patientenmorde organisierte eine spezielle Institution, die dem Reichsinnenministerium und der Kanzlei des Führers unterstand, mehrere Hundert Personen beschäftigte und ihren Sitz in der Tiergartenstraße 4 in Berlin hatte; nach dieser Adresse erhielt sowohl die administrative Tötungszentrale als auch die gesamte „Euthanasie“-Aktion die Tarnbezeichnung „T4“. An der Spitze der Mordadministration standen der Leiter der Partei-Kanzlei der NSDAP, Philipp Bouhler, sowie Hitlers Arzt, der Mediziner und SS-Gruppenführer Professor Karl Brandt. Das T4-Personal beteiligte sich von 1941 an auch an der Ermordung der Juden in den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhardt“-Belzec, Sobibor und Treblinka – im besetzten Polen.

Der Mord an den Anstaltspatienten war die erste staatlich organisierte Massentötung, mit der das NS-Regime nicht zuletzt auch die Grenzen des Machbaren austestete. Durch die Dezentralisierung des Mordens war die Zahl der Eingeweihten und Tatbeteiligten deutlich gewachsen. Wenn dennoch offener Widerstand in der Bevölkerung gegen die Ermordung eigener Familienangehöriger ausblieb, so das Kal-

kül der NS-Verantwortlichen, wäre bei der Ermordung anderer, als „Untermenschen“ stigmatisierter Bevölkerungsgruppen wie Juden, Slawen, Sinti und Roma erst recht nicht mit Protest zu rechnen.

Bevölkerungspolitik und ihre wissenschaftliche Vorbereitung

Fünf Wochen nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, am 6. Oktober 1939, kündigte Adolf Hitler an, dass er eine „neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“ in Europa schaffen werde. Diese sollte durch „Umsiedlung der Nationalitäten“ erreicht werden und am Ende eine bessere Trennungslinie zwischen den Völkern ergeben.⁵ Die praktische Umsetzung dieser Aufgabe übertrug er dem Reichsführer SS Heinrich Himmler, der sich nun zusätzlich mit dem Titel „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKF) schmücken konnte. Himmler baute eine Behörde gleichen Namens auf, deren Pläne zur Umgestaltung des expandierenden deutschen Herrschaftsgebiets nicht nur die von Hitler angekündigte „Regulierung“ der ethnischen Beziehungen vorsahen, sondern auch eine ausgreifende Änderung der gesellschaftlichen Strukturen im Sinne dessen, was man heute als Social Engineering bezeichnen würde: Der RKF schickte sich an, Wirtschaftsordnung, Infrastruktur, Eigentumsverhältnisse, Stadtplanung, selbst Landschaftsgestaltung und Vegetation auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse neu zu organisieren. Beteiligt an der Ausarbeitung der Pläne waren Wissenschaftler sowie einige Wissenschaftlerinnen verschiedenster Disziplinen: Ökonomie, Soziologie, Raumplanung, Demografie, Agrarwissenschaft, Architektur, Medizin und Rasseforschung. Im Zentrum stand die Vorstellung von einer optimalen, am Reißbrett planbaren Bevölkerungsstruktur.

Nach Ansicht der Ökonomen waren weite Teile Osteuropas überbevölkert und wirtschaftlich rückständig. Den vermeintlichen Teufelskreis von Armut und Überbevölkerung sahen sie als Hindernis für

die Entwicklung einer effizienten Ökonomie. Die Verachtung gegenüber den sozialen Verhältnissen im besetzten Land fand Ausdruck in der Redewendung von der „polnischen Wirtschaft“, einem Synonym für Unordnung und Missmanagement.

Die westpolnischen Provinzen, die gleich nach Kriegsbeginn von Deutschland annektiert worden waren, schienen als bevölkerungspolitisches Experimentierfeld besonders geeignet. Diese sogenannten eingegliederten Ostgebiete sollten dauerhaft „eingedeutscht“ werden. Dazu planten die Experten des Reichskommissars, dort Angehörige der deutschen Minderheiten anzusiedeln, die bis dahin in verschiedenen Gebieten Ost- und Südosteuropas gelebt hatten und nun „heim ins Reich“ geholt werden sollten. Die Umsiedlungen hatten die deutsche und die sowjetische Staatsführung Ende September 1939 in Geheimabkommen vereinbart, als sie nach der Zerschlagung Polens ihre Interessensphären im sogenannten Grenz- und Freundschaftsvertrag neu absteckten.⁶

Doch setzte die Ansiedlung der Auslandsdeutschen die Zwangsumsiedlung eines erheblichen Teils der in den ins Reich eingegliederten Gebieten ansässigen neuneinhalb Millionen Menschen voraus. Ihre Höfe, Wohnungen, Geschäfte und Gewerbebetriebe wurden den Umsiedlern übertragen, die beispielsweise aus dem Baltikum oder Weißrussland in das größte der annektierten westpolnischen Gebiete, den Reichsgau Wartheland (Warthegau), umgesiedelt worden waren.

Um die vermeintliche Überbevölkerung zu beseitigen, mussten die Besatzer jedoch wesentlich mehr Menschen vertreiben, als sie neu anzusiedeln vorhatten. In der Regel fassten die Umsiedlungsstäbe des RKF mehrere kleine und als unrentabel klassifizierte Geschäfte, Bauernhöfe oder Gewerbebetriebe jüdischer und nicht jüdischer Besitzer zusammen und über eigneten sie ohne jegliche Entschädigung den Umsiedlern, denen auf diese Weise eine solide Existenzbasis geschaffen wer-

den sollte. Dies geschah auf Kosten eines Großteils der nicht jüdischen polnischen Bevölkerung sowie nahezu aller Jüdinnen und Juden.

Bereits in der ersten Dezemberhälfte 1939 wurden im Zuge dieser Politik knapp 88.000 Einheimische aus den annektierten westpolnischen Provinzen in das Generalgouvernement deportiert, den zentralen, deutsch besetzten, jedoch nicht annektierten Teil Polens. Auf diese Weise sollte Platz für die deutschen Umsiedler aus der Sowjetunion, aber auch aus Bessarabien oder Rumänien geschaffen werden. Für die Zukunft waren weit größere Bevölkerungsverschiebungen geplant: Langfristig sahen die Pläne des NS-Regimes die Vertreibung von nicht weniger als 3,4 Millionen Polinnen und Polen aus dem annektierten Westpolen vor. Die dort lebende jüdische Bevölkerung, mehr als eine halbe Million Menschen, sollte bereits bis Ende des Winters 1939/40 ausnahmslos in das Generalgouvernement deportiert werden. Zwar wurden diese Pläne nicht in vollem Umfang realisiert und mehrfach revidiert, doch Vertreibung und Zwangsumsiedlung nahmen gigantische Ausmaße an: 800.000 nicht jüdische Polinnen und Polen wurden vertrieben, um für deutschstämmige Siedlerfamilien Platz zu schaffen. Zudem verschleppten die deutschen Besatzer etwa 1,7 Millionen Männer und Frauen zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich sowie zwischen 20.000 und 50.000 Kinder, die – von Rassegutachtern als „höherwertig“ eingestuft – zu Deutschen erzogen werden sollten. In ganz Polen mussten außerdem etwa drei Millionen Menschen jüdischer Herkunft ihre Wohnungen verlassen und zunächst in Ghettos umziehen, wo sie auf engstem Raum zusammenlebten, bevor die meisten von ihnen ermordet wurden. Im Gegenzug wurden 700.000 Angehörige der deutschen Minderheit aus weiten Teilen Osteuropas in den eingegliederten Ostgebieten angesiedelt.⁷

Zu den federführenden Autoren dieser Pläne gehörte der Agrarwissenschaftler



Konrad Meyer, Professor an der Universität Berlin, den Heinrich Himmler zum Chef der Planungshauptabteilung des RKF ernannt hatte. Am 21. Juni 1941, einen Tag bevor die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion angriff, beauftragte Himmler seinen Planungschef, einen „Generalplan Ost“ für die Siedlungspolitik in den bereits besetzten und noch zu erobernden Teilen Osteuropas zu erstellen. Meyer und viele seiner Kollegen begrüßten die enormen Gestaltungsmöglichkeiten, die sich ihnen durch die militärische Expansion boten, hatten sie doch nun freie Hand, um dem ganzen Kontinent neue Strukturen zu oktroyieren.⁸ Bereits Mitte Juli 1941 legte Meyer einen ersten Entwurf vor, in dem er die „Evakuierung“ von 31 Millionen Menschen forderte. In der Folgezeit wurden auch die Pläne zur Kolonisierung der besetzten sowjetischen Gebiete mehrfach umgearbeitet; an der Diskussion über die gigantischen Siedlungsvorhaben beteiligten sich Meyers Planungshauptamt, das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und wahrscheinlich auch das Rasse- und Siedlungshauptamt.

Rassistische Hierarchien

Die Angaben, wie viele Menschen im Interesse einer langfristigen Kolonisierung der Ostgebiete „auszusiedeln“ seien und welche Personengruppen unter Umständen auch „eingedeutscht“ werden könnten, variierten in den verschiedenen Entwürfen. Unstrittig war jedoch, dass die Führungsrolle bei der Neugestaltung des Ostens den Deutschen vorbehalten bleiben sollte. Der slawischen Bevölkerung war in den verschiedenen Varianten des Generalplans Ost hingegen überwiegend die Funktion von Arbeitsklaven zugeordnet, ohne deren rücksichtslose Ausbeutung

4/ Um im annektierten Polen („Reichsgau Wartheland“) Platz für deutsche Umsiedler zu schaffen, wurde die einheimische Bevölkerung vertrieben. Das Foto wurde um 1940 in der Nähe von Gniezno (Gnesen) aufgenommen.

die gigantischen Kolonisierungsprojekte nicht zu bewerkstelligen gewesen wären. Letten, Esten und andere, zwar nicht germanische, aber doch den Slawen vermeintlich überlegene „Fremdvölkische“ sollten als Statthalter deutscher Macht eine mittlere Position einnehmen. Die Juden – in der Sowjetunion nach damaligen deutschen Berechnungen rund fünf Millionen Menschen – kamen in diesen Zukunftsvisionen gar nicht mehr vor. Ihre als „Evakuierung“ verklausulierte Ermordung wurde im Generalplan Ost immer vorausgesetzt.

Bereits vor dem Überfall der Wehrmacht auf Polen hatten sich deutsche Wissenschaftler intensiv mit der sogenannten Ostjudenfrage befasst und für diese „bevölkerungspolitische Massenfrage“ radikale „Lösungen“ eingefordert. Nach Kriegsbeginn wurden die polnischen Juden in besonderem Maße zur Zielscheibe der deutschen Propaganda. Sie galten als der Inbegriff des Ostjudentums, dem gegenüber sich der Antisemitismus seit jeher deutlich aggressiver gezeigt hatte als gegenüber den assimilierten deutschen oder westeuropäischen Juden. Schon in den ersten Wochen des Krieges legten deutsche Soldaten und SS-Männer eine besondere Brutalität gegenüber polnischen Jüdinnen und Juden an den Tag, erniedrigten und misshandelten sie und erschossen viele von ihnen willkürlich. Mit dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 wandelte sich das Zerrbild vom jüdischen „Untermenschen“ erneut. Der Bolschewismus, zum Erzfeind nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen westlichen Welt erklärt, galt nun als jüdische Erfindung und die russischen Juden als dessen Nutznießer. Während die NS-Propaganda in Deutschland vom Sommer 1941 an verstärkt den Juden die Schuld am Krieg zuschrieb, stachelte sie die nicht jüdische Bevölkerung in den besetzten sowjetischen Gebieten zum Hass auf die Juden als vermeintliche Statthalter des Bolschewismus auf.

Wie die Juden, so wurden auch die Sinti und Roma Opfer der rassistischen

Verfolgung und der ersten Deportationen aus Deutschland im Herbst 1941. Ihnen gegenüber gab es tief verwurzelte Vorurteile, zu deren Verfestigung und Legitimierung die sogenannte Zigeunerforschung einen erheblichen Beitrag geleistet hatte. Ob sie nun als Vagabunden, Asoziale, Arbeitsscheue oder als Spione diffamiert wurden und damit als Sicherheitsrisiko galten – dass sie im nationalsozialistischen Herrschaftsgebiet unerwünscht waren, stand außer Frage. In den Mordbilanzen der überwiegend aus Angehörigen der Sipo und des SD bestehenden Einsatzgruppen wurden Roma meist so beiläufig erwähnt, als würde schon die Bezeichnung „Zigeuner“, ähnlich wie bei Partisanen, eine hinlängliche Erklärung für ihre Ermordung liefern. Ebenso wie die Juden, wurden sie in den besetzten sowjetischen Gebieten, unabhängig von Sesshaftigkeit, regulärer Arbeit und gesellschaftlicher Integration, systematisch verfolgt und massenhaft ermordet.⁹

Die Wannsee-Konferenz

Wann genau und in welchem Kreis über die Ermordung der europäischen Juden entschieden wurde, ist bis heute nicht geklärt. Als wahrscheinlich gilt, dass Hitler den Befehl dazu in den letzten Monaten des Jahres 1941 gegeben hat. Nachdem die Einsatzgruppen von August 1941 an ihr Morden in den soeben eroberten sowjetischen Gebieten auch auf jüdische Frauen und Kinder ausgedehnt hatten, fiel im September des Jahres die Entscheidung, die deutschen Juden, anders als ursprünglich geplant, schon vor Ende des Krieges gegen die Sowjetunion aus dem Reichsgebiet Richtung Osten zu deportieren. Einen Monat später begannen die Deportationen. Sechs Wochen danach, am 29. November 1941, lud Reinhard Heydrich einige Vertreter der wichtigsten Ministerien sowie der SS zu einer Besprechung am 9. Dezember in Berlin-Wannsee ein. Ziel der Zusammenkunft sollte laut Einladungsschreiben die Abstimmung aller beteiligten Zentralins-

tanzen zur Vorbereitung einer „Gesamtlösung der Judenfrage in Europa“ sein.¹⁰ Auf der Konferenz selbst sprach Heydrich allerdings nicht mehr von „Vorbereitung“, denn das Morden hatte ja schon längst begonnen, sondern von einer „Parallelisierung der Linienführung“, also der Koordination der verschiedenen beteiligten Institutionen.¹¹

Vermutlich wegen des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und der deutschen Kriegserklärung an die USA wurde der Besprechungstermin jedoch kurzfristig verschoben. Dies geschah nicht nur aus terminlichen Gründen, sondern weil sich nun die politische und militärische Lage deutlich verändert hatte. Durch Pearl Harbor hatte sich der Krieg zum Weltkrieg ausgeweitet. Für diesen Fall hatte Hitler seit Jahren immer wieder angekündigt, dass die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ das Ergebnis sein werde.¹² Die Verschiebung der Konferenz war also möglicherweise der Tatsache geschuldet, dass sich die Berliner NS-Führung nunmehr auf eine sehr viel umfassendere „Endlösung“ vorbereitete, als sie noch im Herbst 1941 geplant war. Am 8. Januar 1942 erging Heydrichs neuerliche Einladung zur Konferenz, die dann am 20. Januar im Gästehaus der Sipo und des SD am Großen Wannsee in Berlin, der ehemaligen Villa Marlier, stattfand. Zu den Teilnehmern gehörten die Vertreter der unmittelbar mit der Judenverfolgung befassten Reichsministerien – Innen-, Außen- und Justizministerium – sowie des Vierjahresplans und der Reichskanzlei. Zwei Repräsentanten des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete sowie der Staatssekretär des Generalgouvernements, Josef Bühler, vertraten die Interessen der deutschen Zivilverwaltung in den Zielgebieten der Deportationen, während für die SS die Befehlshaber der Sipo und des SD im Generalgouvernement und im „Reichskommissariat Ostland“¹³ teilnahmen; ferner waren neben dem Reichssicherheitshauptamt auch das Rasse- und Siedlungshauptamt und die ebenfalls mit Rassenfragen befasste Partei-Kanzlei der NSDAP vertreten. Die Teilnehmer der Konferenz waren überwiegend entweder Staatssekretäre oder hochrangige SS-Funktionsträger.

Die Liste der Eingeladenen war darauf abgestimmt, alte Kompetenzstreitigkeiten zu überwinden. Trotz des deklarierten Ziels, die „in Betracht kommenden Zentralinstanzen“ an einem Tisch zu versammeln,¹⁴ standen einige Institutionen, die sich bislang maßgeblich am Judenmord in den besetzten Ostgebieten beteiligt hatten, wie etwa die Höheren SS- und Polizeiführer, das Wirtschaftsverwaltungshauptamt oder die Kanzlei des Führers, wohlweislich nicht auf der Gästeliste. So konnte Heydrich praktisch als Personifizierung des gesamten NS-Sicherheitsapparats auftreten und sich überdies darauf berufen, von höchster Stelle mit der Vorbereitung der „Endlösung“ beauftragt worden

5



5/ Reichsführer SS Heinrich Himmler in seinem Dienstzimmer in der Prinz-Albrecht-Straße 8 bei einer Besprechung mit Karl Wolff, dem Chef des Hauptamtes „Persönlicher Stab Reichsführer SS“ (1938).

zu sein. Aus den Ministerien waren vorwiegend solche Vertreter eingeladen worden, von denen kein grundsätzlicher Widerspruch zu erwarten war.¹⁵

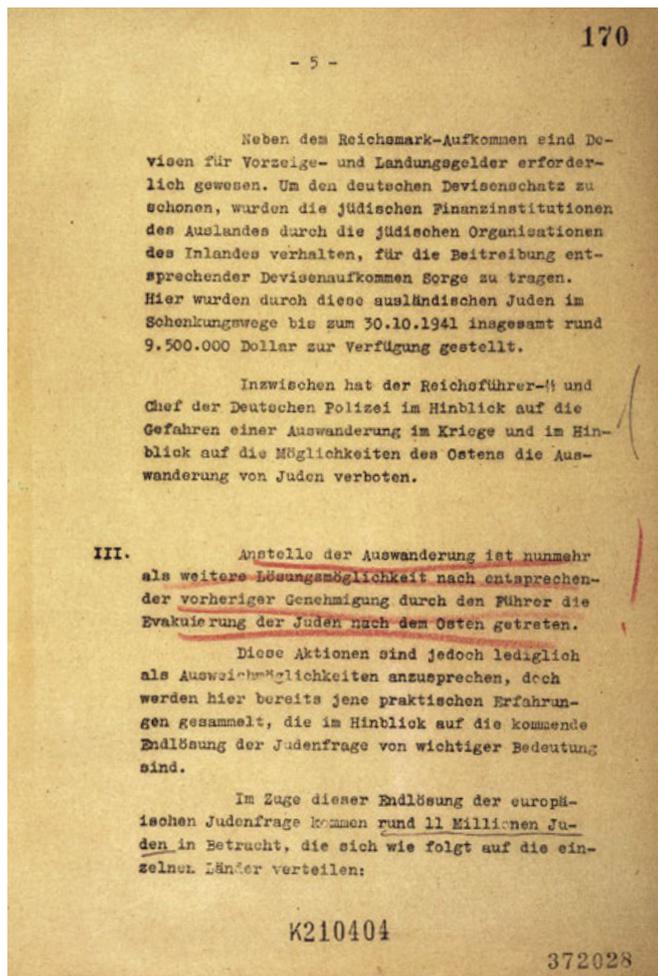
In dem von Adolf Eichmann, dem Leiter des Judenreferats im RSHA, verfassten Konferenzprotokoll ist verschleiern von „Endlösung“, „Evakuierung“ oder „Arbeitseinsatz“ die Rede, und dennoch wird deutlich, dass es um massenhaften Mord ging. Vor Gericht in Jerusalem gab Eichmann später an, die Konferenzteilnehmer hätten durchaus im Klartext von

„Töten und Eliminieren und Vernichten gesprochen“.¹⁶

Einleitend resümierte Heydrich auf der Konferenz die bis dahin gegen die Juden gerichteten Maßnahmen, insbesondere die Politik der Zwangsemigration. Diese habe der Reichsführer SS nun verboten; an ihre Stelle sei jetzt „nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten“. Die Frage, was dort mit den Juden geschehen sollte, beantwortete Heydrich mit dem Hinweis, sie

6/Auszug aus dem Protokoll der Wannsee-Konferenz zur Besprechung der „Endlösung der Judenfrage“ vom 20. Januar 1942.

6



171

- 6 -

L a n d	Zahl
A. Altreich	131.800
Ostmark	43.700
Ostgebiete	420.000
Generalgouvernement	2.284.000
Bialystok	400.000
Protectorat Böhmen und Mähren	74.200
Estland - judenfrei -	
Lettland	3.500
Litauen	34.000
Belgien	43.000
Dänemark	5.600
Frankreich / Besetztes Gebiet	165.000
Unbesetztes Gebiet	700.000
Griechenland	69.600
Niederlande	160.800
Norwegen	1.300
B. Bulgarien	48.000
England	330.000
Finnland	2.300
Irland	4.000
Italien einschl. Sardinien	58.000
Albanien	200
Kroatien	40.000
Portugal	3.000
Rumänien einschl. Bessarabien	342.000
Schweden	8.000
Schweiz	18.000
Serbien	10.000
Slowakei	88.000
Spanien	6.000
Türkei (europ. Teil)	55.500
Ungarn	742.800
UdSSR	5.000.000
Ukraine	2.994.684
Weißrußland aus- schl. Bialystok	446.484
Zusammen: über	11.000.000

würden „in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen“. Getrennt nach Geschlechtern, sollten die arbeitsfähigen Juden „straßenbauend in diese Gebiete geführt [werden], wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird“. Die Überlebenden würden, so heißt es weiter im Protokoll, da es sich „zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzuspochen ist“.¹⁷

Pragmatisch erörterten die Konferenzteilnehmer die vorhersehbaren Schwierigkeiten bei der „Endlösung“. Wie sollte mit sogenannten Mischlingen umgegangen werden und wie mit den zu erwartenden Einwänden gegen die Deportation von alten Menschen und verdienten Kriegsteilnehmern aus dem Deutschen Reich? Welche Hindernisse waren zu überwinden, um auch in den verbündeten Staaten die „Lösung der Judenfrage“ durchzusetzen? Heydrich kündigte an, dass für die über 65-jährigen Juden sowie diejenigen mit Kriegsauszeichnungen ein Altersghetto eingerichtet werden solle, um etwaigen Interventionen einflussreicher Fürsprecher den Wind aus den Segeln zu nehmen. Tatsächlich begannen wenig später die Vorbereitungen, um die Garnisonsstadt Theresienstadt, etwa 80 Kilometer von Prag entfernt, für diese Zwecke umzubauen. Dorthin wurden vom Sommer 1942 an ältere und prominente Jüdinnen und Juden sowie jüdische Kriegsveteranen aus Deutschland, den besetzten Niederlanden und aus Dänemark deportiert.

Als letzter Tagesordnungspunkt stand die sogenannte Mischlingsfrage zur Diskussion. Konkret ging es darum, ob die jüdischen „Mischlinge“ ebenfalls deportiert und ermordet werden sollten oder ob dies unpraktikabel sei und die „Frage“ besser mit den Mitteln der Zwangssterilisation und der Zwangsscheidung der „Mischehen“ zu lösen sei. Schließlich wurde das Thema vertagt; doch auch auf den im März und Oktober 1942 stattfindenden Nachfolgekonferenzen ließ sich kein Konsens finden.

In Bezug auf das Hauptthema der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 – die Ermordung von elf Millionen Juden – gab es hingegen keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten.

Auf der Konferenz wurde die Vernichtung der europäischen Juden nicht, wie häufig vermutet, beschlossen, sondern deren Durchführung koordiniert. So heterogen die Lebensbedingungen der jüdischen Minderheit in den einzelnen deutsch besetzten oder mit Deutschland verbündeten Staaten auch gewesen sein mögen – innerhalb von kaum mehr als einem Jahr wurden, allen bürokratischen und kriegsbedingten Hindernissen sowie lokalen Widerständen zum Trotz, Juden in ganz Europa in Eisenbahnwaggons gepfercht und in die Vernichtungslager deportiert. Die Ghettos im besetzten Polen, in denen Hunderttausende darauf hofften, die Besatzungszeit zu überleben, wurden 1942 binnen weniger Monate geräumt und nur wenige Insassen vorübergehend verschont, weil sie den Deutschen noch als Arbeitskräfte brauchbar erschienen.

01

Historischer Rückblick

Kulmhof – Belzec – Sobibor – Treblinka – Kamenez-Podolsk – Babij Jar – Maly Trostinez – Lemberg-Janowska – Majdanek – neun Orte „im Schatten von Auschwitz“. Was geschah dort im Zweiten Weltkrieg? Woher kamen die Opfer? Wer waren die Täter? Wie wurden die Verbrechen geahndet?



1

1/ Das Pfarrhaus wurde vom Sonderkommando in Kulmhof als Verwaltungsgebäude genutzt. Es diente auch als Aufbewahrungsort für Wertgegenstände, die den Opfern geraubt wurden (aufgenommen 1945).



PETER KLEIN

Kulmhof/Chełmno – ein Todeslager im „Reichsgau Wartheland“

1944/Kulmhof am Ner

**Innerhalb des Lagers**

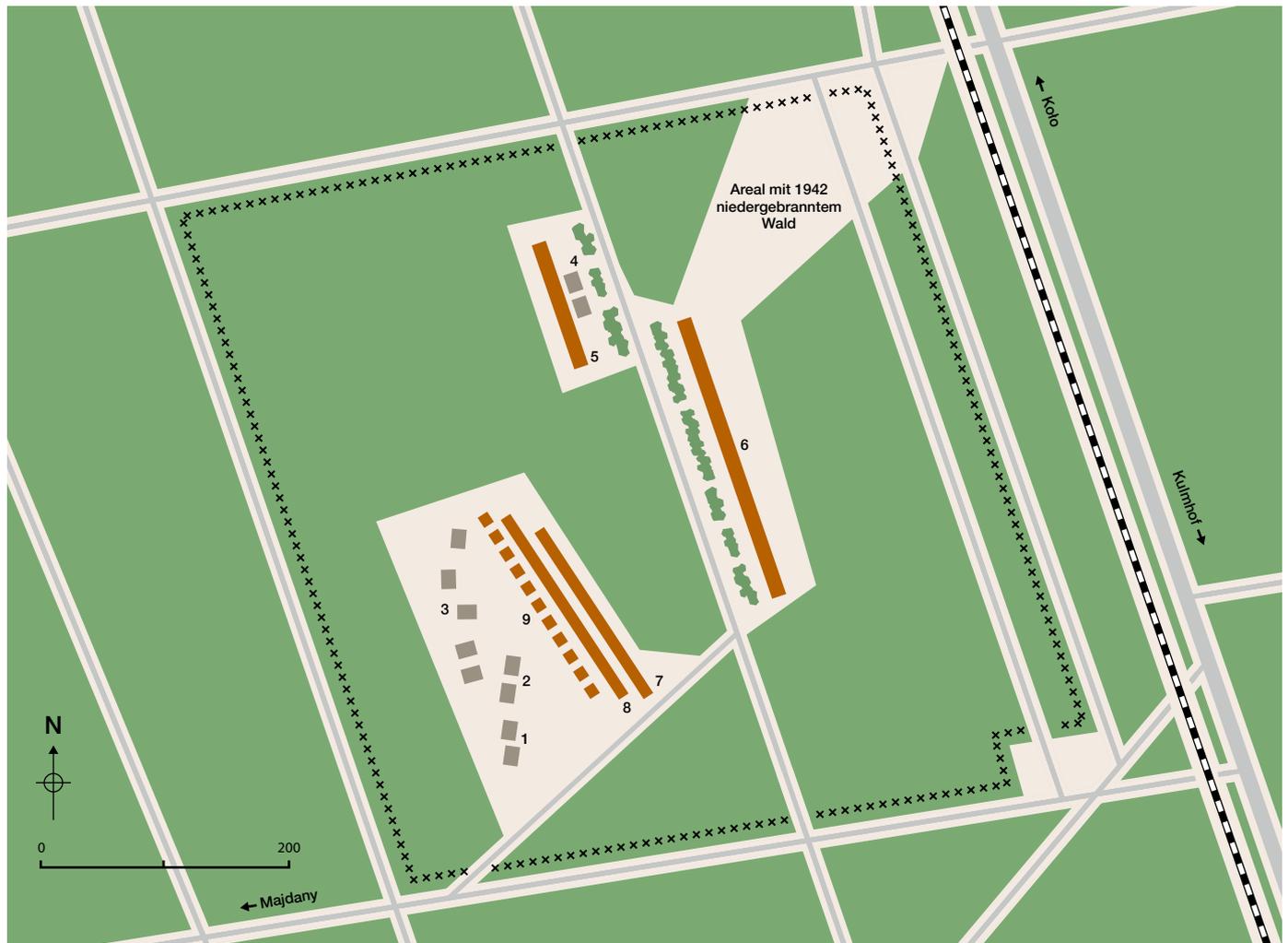
- 1 Herren- bzw. Gutshaus (erste Phase)
- 2 ungefähre Lage des Holzzauns um den Innenhof (erste Phase)
- 3 Rampe für den Gaswagen
- 4 Kornspeicher
- 5 Zelt – Sortierbereich für das Eigentum der Ermordeten (zweite Phase)
- 6 Baracke – Sortierbereich für das Eigentum der Ermordeten (zweite Phase)
- 7 Garage
- 8 Schredder für jene Textilien der Ermordeten, für die die Täter keine Verwendung mehr hatten (zweite Phase).
- 9 Brunnen

Außerhalb des Lagers

- 10 Kirche
- 11 Kommandantur (lokales Verwaltungsgebäude)
- 12 Verwaltungsgebäude (Pfarrhaus)
- 13 Polizeistation (Freiwillige Feuerwehr)
- 14 Kantine (Banaszewskis Haus)
- 15 Speisesaal (Krzyżanowskis Haus)
- 16 Schule
- 17 Stationsgebäude der Schmalspurbahn

- Wiese
- Sandhügel
- Chelmno
- ▬ Eisenbahnstrecke
- × × Einfassungszaun
- ⋯⋯ Zaun
- Gruben, in denen die Habe der Ermordeten verbrannt wurde.

1944/ „Waldlager“

**Struktur**

- 1 Verbrennungsplatz (erste Phase)
- 2 Verbrennungsplatz (zweite Phase)
- 3 Versuchsstation für Feldöfen (erste Phase)
- 4 vermuteter Ort der Auskleidebaracken (erste Phase)

Gräber

- 5 frühestes Massengrab, mit der Hand ausgehoben, ca. 3–8 x 62 Meter
- 6 zweites Massengrab, in Teilen mit der Hand ausgehoben, ca. 4–10 x 254 Meter
- 7 mechanisch ausgehobenes Massengrab, 8 x 174 Meter
- 8 mechanisch ausgehobenes Massengrab, 10 x 182 Meter
- 9 elf Massengräber, mechanisch ausgehoben, von 7,5 x 9 Meter bis 8,5 x 15,5 Meter

- Wald/Bäume
- Massengrab
- Schmalspurbahn
- Einfassungszaun

Am Nachmittag des 27. Februar 1946 verlas der sowjetische Anklagevertreter beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess, Oberst Lew Smirnow, zwei Absätze aus einem Bericht der Polnischen Hauptkommission zur Untersuchung der Nazi-Verbrechen. Schon den ganzen Tag hatte sich der Vertreter des Hauptanklägers Rudenko mit überlebenden Zeugen aus den Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau und Treblinka befasst, sodass die von Smirnow angeführten Zitate nur noch zur Bekräftigung der unvorstellbaren Opferzahlen und der geglückten Geheimhaltung der Verbrechen dienten. Im Mittelpunkt stand ein Todeslager in einem kleinen Dorf, das Smirnow einmal mit „Kwelmno“ und später als „Helmno“ bezeichnete. Smirnow referierte aus den Erkenntnissen, die der polnische Untersuchungsrichter Władysław Bednarz vor Ort im Sommer 1945 zusammengetragen hatte:

„Im Dorf Helmno stand ein unbewohntes Herrschaftshaus, das von einem alten Park umgeben war. Es war Staats-eigentum. In der Nähe war ein Fichtenwald. Dort gab es eine Schonung und dichte Büsche. In diesem Terrain bauten die Deutschen ein Vernichtungslager. Der Park war mit einem hohen Bretterzaun umgeben, so daß alle Vorkommnisse, die sich in der Villa und im Park abspielten, nicht beobachtet werden konnten. Die Dorfeinwohner von Helmno wurden entfernt.“¹

Nach weiteren Beschreibungen fasste Smirnow abschließend zusammen: „Insgesamt muss die Mindestzahl der in Helmno umgebrachten Opfer, Männer, Frauen und Kinder, von den Neugeborenen angefangen bis zu den Greisen, auf 340.000 geschätzt werden.“

Helmno hieß eigentlich Chełmno und lag nicht weit von der größeren Ortschaft Koło entfernt. Seit dem deutschen Überfall auf Polen 1939 und der anschließenden Annexion der westpolnischen Gebiete als „Reichsgau Wartheland“ hatten beide Orte einen neuen Namen: Aus Chełmno war „Kulmhof“ geworden, und Koło hieß nun „Warthbrücken“ und war Kreisstadt.

Das kleine Dorf Kulmhof im Kreis Warthbrücken zählte kaum 300 Einwohner, doch wurden hier zwischen dem 8. Dezember 1941 und dem 14. Juli 1944 mehr als 150.000 Menschen mithilfe von Gaswagen ermordet. Bis heute gehört der Ort als ein Zentrum des Massenmordes zu den eher unbekannteren Tatorten des Holocaust, obwohl das Todeslager mit Auschwitz und Treblinka an dem erwähnten Prozesstag auch in Nürnberg thematisiert worden war. Lange Zeit lag Kulmhof im Schatten der großen deutschen Vernichtungszentren in Polen. Dieses Lager war schwer einzuordnen: Weder lag es inmitten eines bewach-

ten, größeren Interessengebiets der SS, noch war der Lagerbereich nach außen hermetisch mit Stacheldraht und Warnschildern abgegrenzt. Das Morden wurde zwar nicht vor aller Augen begangen, aber dennoch lag der Tatort mitten im Dorf. Hier waren die Täter untergebracht, auch die Essensausgabe und Verwaltung waren in der Ortschaft angesiedelt. Täter und Anwohner begegneten einander im Alltag.

Von der Idee zur Realisierung des Lagers

Die Idee zum Massenmord an den Juden durch den Einsatz von Giftgas in Kulmhof stammte aus der Zentrale der deutschen Zivilverwaltung. Am 16. Juli 1941 schrieb der Führer des SD (Sicherheitsdienst des Reichsführers SS)-Leitabschnittes Posen, Rolf-Heinz Höppner, an Adolf Eichmann in Berlin, dass verschiedene Beamte in der regionalen Verwaltungsbehörde des Reichsgaues Wartheland, der Reichsstatthalterei in Posen, über eine zentralisierte Behandlung der „Judenfrage“ in ihrem Gebiet diskutierten. Höppner sandte dazu einen Vermerk an das Referat IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) über verschiedene Vorschläge, wobei er diese als „teilweise phantastisch“, gleichzeitig aber auch als „durchaus durchführbar“ bewertete.

Höppners Vermerk offenbarte, dass es Vorschläge gab, sämtliche wartheländischen Juden in einem Arbeitslager in der Nähe der Gütereisenbahnlinie zwischen dem oberschlesischen Kohlrevier und dem Ostseehafen Gdingen (Gdynia) zu konzentrieren, um sie dort für den zweigleisigen Ausbau der Bahnlinie sowie deren Verknüpfung mit der Zugverbindung Posen – Warschau einzusetzen. Aber auch innerhalb des erdachten Lagers für 300.000 Menschen sollten Betriebe entstehen zum Einsatz arbeitsfähiger Juden. Ein weiterer Vorschlag lautete, alle jüdischen Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter dort sterilisieren zu lassen. Mit einem solchen Großlager ließen sich alle Ghettos im Reichsgau auflösen; man

bräuchte keine Bewachungskräfte mehr, und schließlich würde man Seuchen auf einen zentralen Ort beschränken. Diese zutiefst inhumanen Planspiele gipfelten in einer Idee zum Massenmord an nicht arbeitsfähigen Juden:

„Es besteht in diesem Winter die Gefahr, daß die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen.“²

Die von Höppner beschriebenen Vorschläge aus dem Besprechungskreis waren wenig durchdacht. Ein Lager für rund 300.000 Menschen zu errichten, war kaum praktikabel. Bis dahin hatte man versucht, möglichst viele der in den Regierungsbezirken Hohensalza (Inowrocław) und Litzmannstadt (Łódź) liegenden Ghettos aufzulösen, indem man die Juden in das städtische Großghetto von Litzmannstadt einzuquartieren suchte. Auch die „Gefahr“ fehlender Ernährungsmöglichkeiten, als Begründung für den vorgeschlagenen Massenmord an den „nicht arbeitseinsatzfähigen“ Juden, war eine Erfindung. Nur wenige Tage vorher war ein Runderlass des Reichsstatthalters über die Rationssätze für Lebensmittel herausgegeben worden, der arbeitenden Juden die gleiche Zuteilung zugestand wie polnischen Normalverbrauchern. Nicht arbeitende Juden sollten danach behandelt werden wie polnische Justizgefangene. Einen Engpass bei der Lebensmittelversorgung hatte es nicht gegeben.

Obwohl die Besprechungen der Beamten der Reichsstatthalterei einerseits gigantische Pläne und erfundene Notwendigkeiten zum Massenmord produzierten, gab es auch Indizien für eine reale Umsetzung. Wollte man entlang der Nord-Süd-Güterbahnlinie ein Lager für Gleisbau einrichten, dann bot sich der Landkreis Warthbrücken geradezu an. Denn hier kreuzte die Linie die der Eisenbahnstrecke Posen – Warschau, ohne aber

bis dahin durch Weichenanlagen verbunden gewesen zu sein. Doch ein solches Großprojekt sowie die notwendigen Verhandlungen mit der Reichsbahn wären nicht bis zum Winter 1941/1942 abgeschlossen gewesen. Wenn aber der Winter in den Augen der Beamten eine Nahrungsmittelkrise erwartbar machte, dann musste das Vernichtungslager dort kurzfristig errichtet werden, um auch auf lange Sicht im Kreis Warthbrücken die arbeitsunfähig werdenden Juden des Großlagers zu töten. Und in der Tat sollte das Todeslager wenige Monate später in Kulmhof, etwa 13 Kilometer südöstlich von Warthbrücken, eingerichtet werden.

Neben der geografischen Lage gab es noch einen zweiten realen Kern in diesen Gedanken. Die Mordmethode – das „schnellwirkende Mittel“ – war bereits bekannt und angewandt worden. Das sogenannte Sonderkommando Lange, benannt nach dem SS-Hauptsturmführer Herbert Lange von der Gestapoleitstelle Posen, hatte auf Befehl des dortigen Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) seit Ende 1939 immer wieder Insassen psychiatrischer Anstalten in den Gauen Wartheland und Ostpreußen ermordet, wobei Kohlenmonoxid in Gasflaschen verwendet worden war.

Im Anschreiben Höppners hieß es, er sei für eine gelegentliche Stellungnahme Eichmanns dankbar. Da auch der Reichsstatthalter Arthur Greiser sich bis zum 16. Juli 1941 noch nicht zu diesen Vorschlägen geäußert hatte, war wohl keine Eile geboten. Greisers Schweigen verwundert kaum, denn immerhin handelte es sich bei dem Reichsgau Wartheland um deutsches Reichsgebiet. Das Projekt eines riesigen Lagers, in dem 133.000 mehr Juden leben würden als im gesamten Altreich, konnte gar nicht auf seiner alleinigen Entscheidung fußen. Dies galt für die territorial beschränkte Erlaubnis zum Massenmord oder für ein Gleisprojekt, das unter der Bauhoheit der Reichsbahn hätte stehen müssen. Wollte Greiser sich äußern, so musste er vor einer realistischen Einschätzung der Vor-

schläge seiner Mitarbeiter verschiedene Rücksprachen halten.

Nur zwei Tage nach Abfassung des Aktenvermerks, am 18. Juli 1941, hatte Greiser einen Vortragstermin bei Hitler über die Sicherheitslage im Warthegau. Man sollte aber nicht davon ausgehen, dass Greiser Hitler ausgearbeitete Pläne eines Lagers für Juden vorlegte oder über konkrete Massenmordmöglichkeiten referierte. Der Inhalt der Unterredung ist unbekannt, doch es könnte dem Reichsstatthalter genügt haben, zu erfahren, dass Hitler nichts gegen regional organisierte Mordaktionen an „nicht Arbeitsfähigen“ einzuwenden hatte. Derlei Aktionen gab es bereits in anderer Form. In den Konzentrationslagern im Reichsgebiet wurden seit wenigen Monaten unter dem Tarnbegriff „Sonderbehandlung 14f13“ Häftlinge ermordet, die als „nicht mehr arbeitsfähig“, alt oder krank eingestuft wurden.

Nach dieser Unterredung Greisers mit Hitler wurde das Sonderkommando Lange tätig. Die Suche nach einem geeigneten Tatort im Kreis Warthbrücken begann noch im Juli 1941.

Nachdem Greiser am 18. September 1941 von Himmler schriftlich erfahren hatte, dass der Beginn der Deportation der Juden aus dem „Großdeutschen Reich“ bevorstand und die ersten Züge in das Ghetto nach Litzmannstadt geleitet werden sollten, schien es notwendig, das Lager umgehend zu errichten. Am 1. Oktober einigten sich das Landratsamt Warthbrücken und das Sonderkommando Lange auf die Pacht eines kleinen Teils des Kreisgärtnerriegeländes in Kulmhof. Das Areal grenzte unmittelbar an ein verfallenes größeres Gutshaus in dem kleinen Dorf. Mit dieser Entscheidung war Herbert Langes Sonderkommando stationär geworden. Die zweite Maßnahme Greisers bestand darin, die regionalen Verantwortlichkeiten in seiner Reichsstatthalterei zu verankern. Die Leiter der Abteilungen I (SS-Oberführer Herbert Mehlhorn) und Va (SS-Standartenführer Ernst Kendzia) wurden beauftragt „mit

der federführenden Bearbeitung aller Fragen, die mit der Unterbringung und dem Arbeitseinsatz von Juden und Zigeunern im Reichsgau Wartheland“ zusammenhingen.

Der Ort der Massenmorde

Kulmhof, an einem Nebenfluss der Warthe, dem Ner, gelegen, war nicht nur deswegen ausgesucht worden, weil es im Kreis Warthbrücken lag. Verbunden war das Dorf mittels einer Schmalspurbahn über das kleine Dorf Arnsdorf (Powiercie) mit der Kreisstadt Warthbrücken. Die Station der Kleinbahn dort lag unmittelbar hinter dem städtischen Bahnhof an der Reichsbahnstrecke Posen – Warschau. Kulmhof zog sich entlang einer schmalen Landstraße, die Warthbrücken mit dem Ort Eichstädt (Dąbie) verband; man kann sagen, das Dorf lag zwar abgeschieden, war aber dennoch gut zu erreichen. Im Dorf selbst gab es nur eine Verkehrskreuzung, die zu dem kleinen Weiler Ladau (Ladorudz) und nach Schuchen (Rzuchów) führte. Kulmhof bestand aus etwa 40 kleineren Häusern sowie 12 größeren Höfen, die mittlerweile von angesiedelten Volksdeutschen aus Wolhynien bewirtschaftet wurden.

In Kulmhof stand ein unbewohntes Gutshaus, ehemals polnisches Staatseigentum, zu dem zur Straße hin ein Hofgelände gehörte. Das Gutshaus war umgeben von einem Park mit einem alten Kornspeicher; der Park grenzte seinerseits an die Kreisgärtnerei. Die Pacht der Teile der Gärtnerei vergrößerte den Park. Hinter dem Gutshaus fiel das Gelände zum Ner hin stark ab. Neben dem Gutshaus, das auch als „Schloss“ bezeichnet wurde, stand gut sichtbar, getrennt durch eine ebenfalls stark abfallende kleine Straße, die katholische Kirche in Kulmhof mit einem kleinen Pfarrhaus. In unmittelbarer Nähe hierzu lag die Dorfschule. Die Landstraße von Kulmhof nach Warthbrücken führte nach etwa zwei Kilometern durch einen ausgedehnten Wald, der als „Wald von Rzuchów“ bekannt war. Westlich hiervon befand sich nach weiteren zwei Kilometern ein dichter Kiefernjungbestand, der innen jedoch Lichtungen aufwies, zu denen man durch eine befahrbare Forstschneise gelangte.

Die ersten Mitglieder des Sonderkommandos Lange trafen wohl im Laufe des Oktober und November 1941 in Kulmhof ein. Es handelte sich um 15 bis 20 Gestapobeamte aus Posen, Litzmannstadt und Hohensalza, die verschiedene Arbeiten beim alltäglichen Massenmord übernehmen sollten. Dieser personelle Kern war federführend und wurde aufgestockt durch etwa 90 Ordnungspolizeibeamte, die mehrheitlich aus Litzmannstadt abgestellt waren. Jene Beamten wurden zu verschiedenen Bewachungskommandos eingeteilt. Acht polnische Häftlinge aus dem Gestapo-Haftlager Posen sowie dazu verpflichtete polnische Ortsbewohner mussten das „Schlossgelände“ mit einem hohen Bretterzaun umgeben, das Gutshaus und der Speicher wurden



2



3

2/ Der Getreidespeicher, in dem die jüdischen Zwangsarbeiter während der zweiten Phase des Lagerbetriebs hausen mussten. Die Aufnahme ist vom Februar 1945 und zeigt das Gebäude in zerstörtem Zustand.

3/ Die Kirche in Chelmno, im Vordergrund das Wohnhaus des Dorfbewohners Adam Ludwicki, aufgenommen ca. 1940. Das Gutshaus, das hier nicht im Bild zu sehen ist, befand sich links davon.

instand gesetzt und schließlich ein Waldlager gerodet. Kurz nachdem die Gestapo- und Ordnungspolizeibeamten auf verschiedene Quartiere im Ort verteilt waren, kamen die ersten jüdischen Opfer aus der unmittelbaren Umgebung Kulmhofs an.

Die erste Phase des Massenmordes in Kulmhof begann am 8. Dezember 1941. Opfer waren Juden aus den benachbarten Amtsbezirken sowie Sinti und Roma aus dem Ghetto Litzmannstadt. Damit begann auch die „Optimierung“ der einzelnen Schritte, die das reibungslose Morden gewährleisten sollten. Während der ersten Tötungen diente das Gutshaus nur als Umsteigestation in die Gaswagen, mit denen die Opfer zu den Gruben des Waldlagers transportiert wurden, wo dann die Vergasungen in den Wagen stattfanden. Dieser Ablauf änderte sich später. Bis zur Auflösung des Lagers am 7. April 1943 etablierte sich folgende Vorgehensweise zur Tötung der Opfer:

Bei Ankunft fuhr jeweils ein einzelner dieser Lkws durch das geöffnete Tor auf den sogenannten Schlosshof. Anschließend mussten die Männer, Frauen und Kinder aussteigen. Zuerst erklärte ihnen ein, manchmal mit einem weißen Kittel bekleidetes, Mitglied des Sonderkommandos, sie würden nun zum Arbeitseinsatz weitertransportiert. Davor jedoch mussten sämtliche Personen noch geduscht und desinfiziert werden. Dies geschähe in den Räumen des Gutshauses, in das die Menschen über eine Außentreppe kamen, wo sie sich in einem größeren Raum ausziehen mussten. Einer der polnischen Häftlinge registrierte Wertsachen und Kleidungsstücke zum Schein. Nachdem sie sich entkleidet hatten, wurden die Opfer dann zu einer Kellertreppe getrieben, wo ein Schild mit der Aufschrift „Zum Bad“ angebracht war. Zögerten die Menschen beim Hinabsteigen, prügeln die Bewacher auf sie ein. Durch einen Kellergang, der sich über die gesamte Länge des Gebäudes zog, wurden die Menschen weitergetrieben. Der Gang führte auf der anderen Seite zu einer Treppe wieder hinauf ins

Freie auf eine Rampe, an deren Ende in gleicher Höhe der Vergasungswagen mit geöffneten Hecktüren stand. Die meiste Zeit waren drei solcher benzinbetriebenen Lastwagen, die von außen dunkel gestrichenen Möbelwagen glichen, im Einsatz. In die zwei kleineren passten etwa jeweils 60 bis 80 Personen hinein, der größere Lkw fasste etwa 100 bis 120 Personen.

Die schreienden und schlagenden deutschen Gestapo- und Polizeibeamten und der kaum beleuchtete Kellergang sorgten dafür, dass die Menschen den Flur in Panik entlanghasteten, schon weil am anderen Ende das Tageslicht und der Treppenaufgang ins Freie zu sehen waren. Diese Täuschung sorgte dafür, dass die Opfer wie von selbst in den Kastenaufbau des Mordgefährts drängten. Waren sämtliche Menschen gefangen, wurden die Hecktüren verschlossen. Unter den Wagen befand sich ein bewegliches Mittelteil des Auspuffrohrs, das abgeschraubt und in einem Loch am Wagenboden angeschraubt werden konnte. Wurde der Motor angelassen, gelangten die produzierten Abgase so in den Kastenaufbau, und die Menschen erstickten durch das Kohlenmonoxid. In der unmittelbaren Umgebung des Wagens auf dem Hof waren die Schreie der Menschen und ihr verzweifertes Klopfen deutlich zu hören. Nach einer Leidenszeit von mehreren Minuten trat etwa sieben bis acht Minuten später Bewusstlosigkeit und nach etwa zwei weiteren Minuten der Tod ein.

Der Fahrer des Gaswagens ließ den Motor etwa 15 Minuten laufen; anschließend wurde das flexible Rohrteil wieder gelöst und mit dem eigentlichen Auspuffrohr verbunden. Nun verließ der Lkw den Hof und fuhr zum Waldlager, das nach außen hin von den Schutzpolizeibeamten bewacht wurde. Dort fuhr der Wagen an die langgestreckten Gruben heran, wo ein jüdisches Arbeitskommando die Leichen aus dem Kastenaufbau zog. Bevor es die Toten in die Gruben stapelte, musste sie das Kommando penibel nach versteckten Wertsachen untersuchen, selbst Goldzähne wurden den Ermordeten herausgebrochen.

Während die sogenannten Totengräber des jüdischen Arbeitskommandos die Leichen eng übereinanderschichteten, mussten andere das Innere des Kastenaufbaus von Blut und Exkrementen reinigen, damit der Wagen sofort zum Dorf zurückkehren konnte.

Zwischenzeitlich wurde im Gutshaus und dem umgebenden Hof dafür gesorgt, dass die Hinterlassenschaften der eben Ermordeten aus dem Blickfeld der neu hereingeführten Opfer verschwanden. Hierfür gab es ein „Schlosskommando“ aus jüdischen Männern, welche die Kleidungsstücke durch die rückwärtigen Fenster in den Hof warfen, wo sie untersucht, sortiert und anschließend in den alten Kornspeicher gebracht wurden.

Als die wärmere Jahreszeit einsetzte, begannen die Zehntausenden Leichen in den Massengräbern im Wald von Rżuchów zu verwesen, sodass im Waldlager unter der Anleitung des SS-Standartenführers Paul Blobel erste Versuche unternommen wurden, die bereits vergrabenen und stets weiter hinzukommenden Leichen zu verbrennen. Dies führte zum Bau von improvisierten Verbrennungsöfen im Erdboden, die trichterförmig sich nach oben hin öffnende Kamine erhielten. Der Rauch war weithin zu sehen und zu riechen.

Die Anlagen wurden sogar besucht. Bei einer Dienstreise „zwecks Besichtigung der Versuchsstation für Feldöfen der Aktion Reinhard“ ließ SS-Sturmbannführer Rudolf Höß, Kommandant des KZ Auschwitz-Birkenau, sich und zwei Begleitern am 16. September 1942 die Anlage vorführen. Zu dieser Zeit wurden die Leichen der Mordopfer aus den Gaskammern (Bunker I und II) in Auschwitz-Birkenau in Erdgruben eingeschert. Die Feldöfen im Waldlager waren noch bis zur Jahreswende 1942/1943 in Betrieb.

Herkunft und Zahl der Opfer bis April 1943

Nach dem Mord an den Juden aus den Kreisen Warthbrücken und Turek trafen nahezu zeitgleich zum Jahreswechsel diejenigen Sinti und Roma in Kulmhof ein,

die im November des Vorjahres im Rahmen der Verschleppung von 20.000 Juden und 5.000 „Zigeunern“ in das Ghetto Litzmannstadt gekommen waren. Seit Anfang Dezember 1941 wütete in dem hermetisch abriegelten „Zigeunerlager“ innerhalb des Großghettos eine Fleckfieberepidemie, sodass die schnelle Ermordung der Infizierten die einfachste Lösung schien. Etwa 4.300 bis 4.400 Menschen fielen diesem Massenmord zum Opfer. Sie wurden mit Lastkraftwagen direkt nach Kulmhof gebracht und dort vergast.

Zwischen dem 16. Januar und dem 2. April 1942 wurden aus dem Ghetto Litzmannstadt etwas mehr als 44.000 polnische Juden deportiert, die erzwungenermaßen von der jüdischen Selbstverwaltung ausgesucht worden waren. Anschließend verließen in der Zeit vom 4. bis 15. Mai knapp 11.000 fast ausschließlich deutsche, österreichische, tschechische und luxemburgische Juden das Ghetto in Richtung Kulmhof. Dies war über die Hälfte der im Herbst 1941 nach Litzmannstadt deportierten 20.000 Juden. Sie wurden per Bahn vom Stichgleis innerhalb des Ghettos nach Warthbrücken

4 / Der „Umstieg“ deportierter jüdischer Familien in Konin in Waggons der Schmalspurbahn, die die Opfer in die Nähe des Vernichtungslagers brachte (1942).



5



5/ Ankunft deportierter jüdischer Familien in Powiercie (1942). Die Transporte nach Kulmhof wurden vorwiegend über diesen Bahnhof geleitet. Von dort wurden die Menschen mit Lkws zum „Schloss“ gebracht.

gebracht; dort stiegen sie in die Kleinbahn um, die anschließend zum Haltepunkt in Arnsdorf (Powiercie) fuhr. Von hier mussten die Juden zu Fuß weitergehen in eine etwa einen Kilometer entfernte, stillgelegte Wassermühle des Weilers Schöntal (Zawadki), wo sie in aller Regel eine Nacht verbrachten. Am nächsten Morgen wurden sie von Lkws abgeholt, und zwar so abgezählt, dass jeweils eine „Menschenfracht“ exakt in einen der Gaswagen passte, die in Kulmhof bereitstanden.

Etwa zur gleichen Zeit, im Frühjahr 1942, wurden die zumeist offenen sogenannten jüdischen Wohnbezirke im Regierungsbezirk Hohensalza geräumt. Vor Ort erschien ein mobiles Kommando aus Kulmhof, und Beamte der örtlichen Gendarmerieposten riegelten die Ghettos ab. Doch erst mit der Ankunft des Räumkommandos der städtischen Ghettoverwaltung von Litzmannstadt war das notwendige Personal vollständig. Man ging arbeitsteilig vor: Die Juden wurden gezwungen, sich an einem zentralen Platz zu versammeln. Oft war das die örtliche Dorfkirche. Anschließend selektierten das Räumkommando aus Litzmannstadt und das mobile Sonderkommando gemeinsam alle Personen, die, als arbeitsfähig eingestuft, ins Ghetto nach Litzmannstadt transportiert wurden. Als „nicht arbeitseinsatzfähig“

selektierte Menschen wurden per Lkw oder Bahntransport via Warthbrücken nach Kulmhof verschleppt. Anschließend kümmerte sich die Ghettoverwaltung Litzmannstadt um den Abtransport sämtlicher verwertbarer Materialien und trat Schuldner oder Gläubigern des aufgelösten „Wohnbezirks“ gegenüber als Rechtsnachfolger auf. Der gesamte noch verwertbare Hausrat wurde unter der Aufsicht der örtlichen Amtskommissare und Bürgermeister versteigert, die Erlöse an die Ghettoverwaltung Litzmannstadt überwiesen. Wie viele Menschen aus den Ghettos im ländlichen Raum des Regierungsbezirks ermordet wurden, ist schwer zu ermitteln. Zu diesem Zeitpunkt nämlich waren viele Juden außerhalb ihrer Ghettos dauerhaft in Arbeitslagern bei verschiedenen privaten und kommunalen Einrichtungen kaserniert, wie etwa Gutsbetrieben, Wasserwirtschaftsämtern oder Baufirmen, die beim Bau der Reichsautobahn engagiert waren.

Unmittelbar nach dem Abschluss der Verschleppungen von nicht polnischen, reichsdeutschen Juden aus Litzmannstadt nach Kulmhof im Mai 1942 begannen auch die Deportationen aus den Ghettos im ländlichen Raum des Regierungsbezirks Litzmannstadt. Außerhalb des städtischen Großghettos lebten am 1. Mai 1942 insgesamt 36.211 Juden in den Landkreisen Lask, Lentschütz, Schieratz und Welungen sowie in der Stadt Kalisch. Zwischen Mai und August 1942 wurden sämtliche Ghettos dieser Kreise gewaltsam aufgelöst. In diesem Zeitraum trafen 14.441 selektierte Juden im Ghetto Litzmannstadt ein. Ob nun alle restlichen Menschen in Kulmhof ermordet wurden, muss

aber ebenso wie im Falle Hohensalzas bezweifelt werden, denn auch hier war eine unbekannte Anzahl von Arbeitskräften bereits in den Arbeitslagern für Juden kaserniert worden. Am 1. September 1942 lebten nur noch 105.487 Juden im Großghetto Litzmannstadt.

Vorläufig abgeschlossen wurde der Massenmord im Reichsgau Wartheland mit einer Aktion gegen die Insassen der Krankenhäuser im Ghetto Litzmannstadt am 1. und 2. September 1942, die sich noch im selben Monat auf die Verschleppung von Kindern und alten, nicht arbeitsfähigen Menschen ausdehnte. Noch einmal wurden 15.685 Personen in den Erstickungstod geschickt. Zwischen September 1942 und März/ April 1943 kamen immer wieder kleinere Transporte mit völlig erschöpften und kranken Personen aus den bereits erwähnten Juden-Arbeitslagern in Kulmhof an; deren genaue Anzahl ist nicht bekannt.

Es ist schwierig, trotz der teilweise detaillierten Ziffern, eine Gesamtsumme der Opfer in Kulmhof zu rekonstruieren angesichts einer großen, unbekanntem Zahl von Deportierten aus einzelnen Orten. Trotzdem ist es möglich, eine plausible Opferzahl zu nennen: Am 28. April 1943 lieferte der Inspekteur für Statistik beim Reichsführer SS, Richard Korherr, an Heinrich Himmler einen 16-seitigen Bericht mit dem Titel „die Endlösung der europäischen Judenfrage“ ab. Etliche der darin angegebenen Zahlen konnten mittlerweile verifiziert werden. Der Bericht führt die Zahl von 145.301 Juden an, die „durch die Lager im Warthegau durchgeschleust“ wurden. Da jedoch auch russische Kriegsgefangene, polnische Nonnen und vermutlich auch die Kinder des böhmischen Dorfes Lidice dort ermordet worden sind, kommen auch nicht jüdische Mordopfer in unbekannter Anzahl hinzu.

6/ Deutsche Polizisten und polnische Arbeiter trinken Bier vor dem Gutshaus in Kulmhof (ca. 1942/1943).



02

Heute begegnen

Chelmno – Bełżec – Sobibór – Treblinka – Kamjanez-Podilskij – Babyn Jar – Maly Trascjanec – Lwiw-Janowska – Majdanek – neun Orte „im Schatten von Auschwitz“ im Frühjahr 2016.
Wie sieht es heute an diesen ehemaligen NS-Mordstätten aus?
In welcher Form wird der Opfer gedacht und an Verbrechen erinnert? Wie kann eine Begegnung mit den heutigen Gedenkorten gestaltet sein?



1

1/ Reste des Kellergeschosses des Herrenhauses, zeitgenössisch auch „Schloss“ genannt, auf dem Gedenkstätten Gelände in Chelмно. An einer Rampe zwang die SS-Wachmannschaft die Opfer in die Vergasungswagen.



INGO LOOSE

Chelmno nad Nerem/ Kulmhof am Ner heute begegnen

Der Autobahn von Poznań nach Warschau folgend, bedarf es schon einiger Ortskenntnis, um auf etwa halber Strecke die richtige Ausfahrt für einen Besuch in Chełmno nicht zu verpassen, obwohl die Dorfkirche auf einer Anhöhe als ein Orientierungspunkt sogar von Weitem zu sehen ist.



2



3



2/ Die 1990 erbaute „Mauer der Erinnerung“ am Ort des ehemaligen Waldlagers.

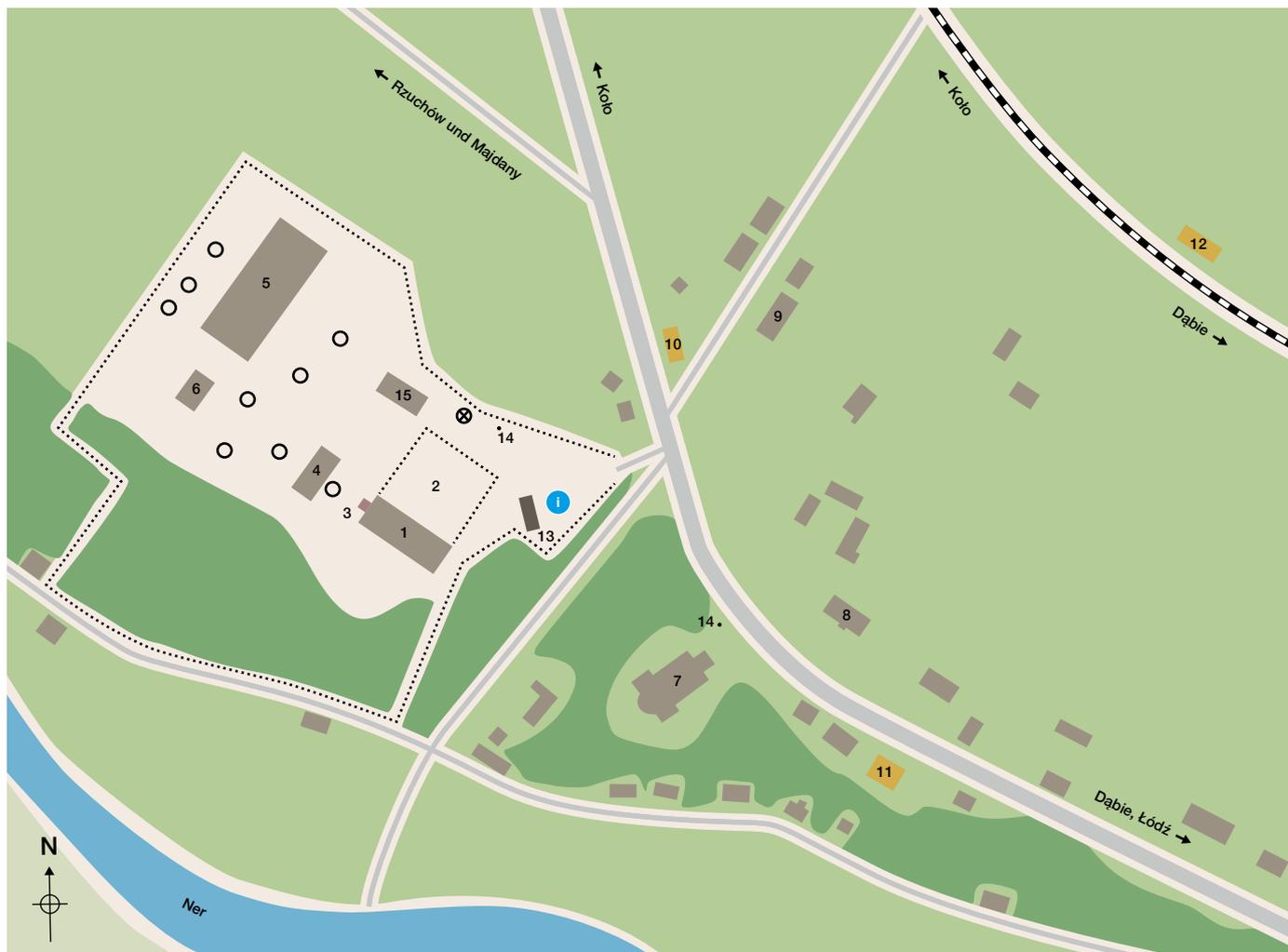
3/ Eines von mehreren Monumenten, die die „Straße des Todes“ markieren. Errichtet wurden sie 1995 auf Initiative von Wilhelm Mosel. Sie stehen dort, wo einst Massenverbrechen verübt wurden.

4/ Das Lapidarium, geschaffen 1994, ist einem jüdischen Friedhof nachempfunden und dient der Bewahrung des jüdischen Erbes. Die meisten Grabsteine stammen vom 1942 zerstörten Friedhof in Turek.



4

2017 / Chełmno nad Nerem



- 1 Ruine des Herren- bzw. Gutshauses
- 2 ehem. Verlauf des Holzzaunes um den Innenhof
- 3 ehem. Rampe und Platz für den Gaswagen
- 4 ehem. Kornspeicher
- 5 ehem. Zelt – Sortierbereich für das Eigentum der Ermordeten (zweite Phase des Lagerbetriebes)
- 6 ehem. Baracke – Sortierbereich für das Eigentum der Ermordeten (zweite Phase des Lagerbetriebes)
- 7 Kirche
- 8 Pfarrhaus
- 9 Freiwillige Feuerwehr

- 10 ehem. Kantine (Gebäude existiert nicht mehr)
- 11 ehem. Kommunalverwaltung (Gebäude existiert nicht mehr)
- 12 ehem. Stationsgebäude der Schmalspurbahn (existiert nicht mehr)
- 13 Denkmal zur Erinnerung an die Opfer des Lagers
- 14 Denkmal „Straße des Todes“
- 15 Verwaltungsgebäude des heutigen Museums

- Wald/Bäume/Wiese
- Eisenbahnstrecke
- Zaun
- Abfallgruben
- ⊗ Brunnen
- i Besucherzentrum

2017/ „Waldlager“ (Las Rzuchowski)



- | | | |
|---|--|--|
| 1 Denkmal zur Erinnerung an die Opfer von Kulmhof | 10 Denkmal für die im Wald bei Kazimierz Biskupi Ermordeten | 21 Massengrab II |
| 2 Museumsgebäude | 11 Denkmal für die Opfer aus dem Dorfghetto in Czachulec | 22 Massengrab III |
| 3 Denkmal zur Erinnerung an die im Wald von Rzuchów erschossenen polnischen Geiseln (Herbst 1939) | 12 Denkmal für die Opfer aus dem Zwangsarbeitslager in Czarków | 23 Massengrab IV |
| 4 Obelisk zur Erinnerung an Stanisław Kaszyński | 13 Davidstern | 24 ehem. Feldgruben |
| 5 Denkmal „für die Opfer des Faschismus“ | 14 Denkmal für die Juden des Ghettos Litzmannstadt (Łódź) | 25 ehem. Gruben zur Leichenverbrennung |
| 6 Lapidarium | 15 Denkmal für die Juden aus Brzeziny | 26 ehem. Krematorium (erste Phase des Lagerbetriebes) |
| 7 Denkmal „Straße des Todes“ | 16 Denkmal für die Juden aus Gąbin | 27 ehem. Krematorium (zweite Phase des Lagerbetriebes) |
| 8 Denkmal in Erinnerung an die ermordeten tschechischen Kinder aus Lidice und Ležáky | 17 Denkmal für die Juden aus Bełchatów | 28 ehem. Standort Knochenmühle |
| 9 Denkmal für die im Wald zwischen Niestuszy und Rudzica Ermordeten | 18 Denkmal für die Familie Kujawski | 29 Denkmal zur Erinnerung an die ermordeten Roma und Sinti |
| | 19 „Mauer der Erinnerung“ | |
| | 20 Massengrab I | |

■ Wald/Bäume/Wiese

Etwa 13 Kilometer südlich der Kreisstadt Koło gelegen, hat das heutige Dorf Chełmno nad Nerem, ein Ortsteil der Kleinstadt Dąbie, mit einigen Dutzend Häusern in etwa die Größe wie zur Zeit des Zweiten Weltkriegs. Die Region wurde nach dem deutschen Angriff auf Polen im September 1939 von der Wehrmacht eingenommen und kurz darauf als „Reichsgau Wartheland“ ins Deutsche Reich ‚eingegliedert‘; die Nationalsozialisten benannten die Siedlung Chełmno 1941 in „Kulmhof“ um.

Auf dem Weg zur Gedenkstätte des ehemaligen Vernichtungslagers passiert man, von Südosten kommend, nach dem Ortseingang die Kirche und eine kleine Stichstraße, bevor auf der linken Straßenseite ein kleines Schild vor einer unscheinbaren Toreinfahrt den Weg zum „Muzeum Chełmno“ weist. Auf dem Gelände fällt sogleich ins Auge, dass mit einer Ausnahme keine alten Gebäude mehr erhalten sind. Das einst hier befindliche Herrenhaus der landwirtschaftlichen Domäne, zeitgenössisch auch „Schloss“ ge-

nannt, obwohl es diese Bezeichnung kaum rechtfertigte, existiert nicht mehr. Nur die erst in den 1990er-Jahren freigelegten, mit einer Barriere abgesperrten Gebäudefragmente zeigen noch an, wo es stand. Von hier aus wurden die jüdischen Opfer zwischen Dezember 1941 und Frühjahr 1943 sowie erneut im Sommer 1944 in die Gaswagen getrieben und ermordet. Bereits im April 1943, am Ende der ersten Mordphase in Kulmhof, hatten die deutschen Täter das Gebäude gesprengt.

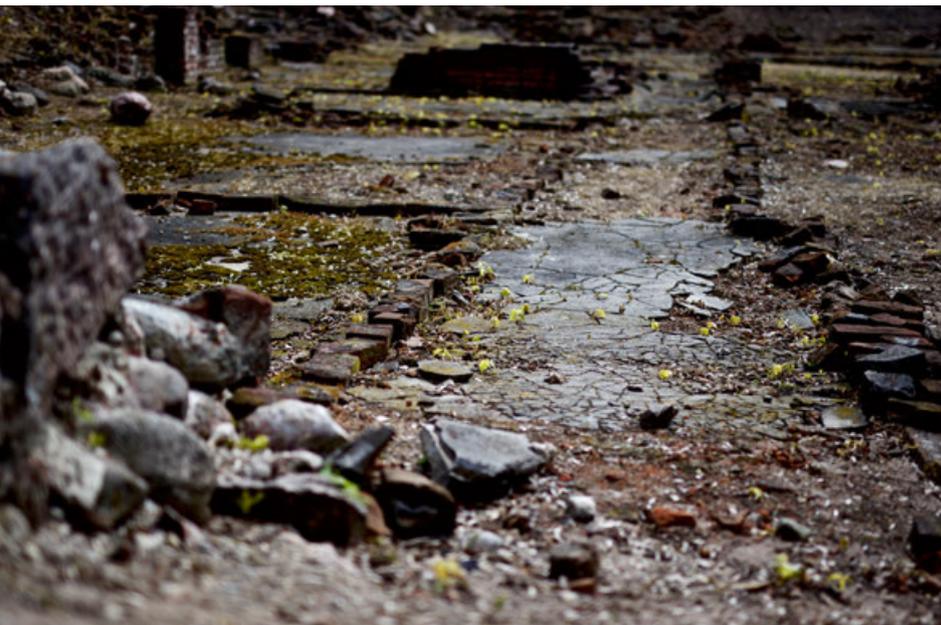
Von dem Herrenhaus beziehungsweise Schloss sind heute nur noch die Reste des Kellergeschosses sowie jener Treppe zu sehen, die vom Keller zu einer ebenerdigen Rampe hinaufführte. Nachvollziehen lässt sich so an den erhalten gebliebenen Gebäudefragmenten der letzte Weg der Opfer: Die zum Schloss gebrachten Jüdinnen und Juden wurden zunächst beruhigt. Angehörige des sogenannten Schloss- oder Hauskommandos sagten ihnen, dass sie zunächst baden würden, um darauf in ein Arbeitslager weitertransportiert zu werden. Zum vermeintlichen Baden betraten sie das Schlossgebäude, mussten sich dort entkleiden, bevor sie dann durch einen langen Gang im Keller getrieben wurden, an dessen Ende treppauf an der genannten Rampe einer der drei Gaswagen mit geöffneten Türen stand, in die die Opfer hineingepfercht wurden und in denen sie noch auf dem Hof mit Motorabgasen getötet wurden.

In unmittelbarer Nachbarschaft zur Schlossruine lassen sich noch weitere bauliche Spuren finden, die im Zusammenhang mit dem Vernichtungslager stehen – dies sind vor allem die bereits genannte Kirche und das Speichergebäude gleich neben der Schlossruine.

Die katholische Dorfkirche diente den Nationalsozialisten während der ersten Mordphase im Vernichtungslager zwischen Dezember 1941 und April 1943 als Lageraum für das Eigentum der Ermordeten, das die deutschen Täter noch verwerten wollten: Gepäck, Kleidung und Wertgegenstände. Aber auch während der zwei-

5/ Reste des Gangs im Keller-
geschoss des Herrenhauses,
durch den die Opfer getrieben
wurden.

5



6



6/ Blick in die Ausstellung im ehemaligen Kornspeicher; Besteck, das von den Ermordeten zurückblieb.

ten Mordphase im Juni/ Juli 1944 spielte die Kirche eine Rolle. Die eintreffenden Deportationstransporte konnten von Koło, während der Besatzungszeit in „Warthbrücken“ umbenannt, mit einer Schmalspurbahn nun direkt bis Kulmhof fahren. Da das zu diesem Zeitpunkt bereits gesprengte Herrenhaus nicht mehr genutzt werden konnte, diente die nur wenige Schritte entfernt gelegene Kirche bei abends ankommenden Transporten als Übernachtungsort der Opfer, bevor diese dann am nächsten Morgen ermordet wurden. An diese düstere Geschichte erinnert in der Kirche selbst aber nichts. An der Grundstücksgrenze der Kirche wurde Mitte der 1990er-Jahre lediglich ein – von einem unbekanntem Stifter aus Deutschland finanzierter – Gedenkstein mit einer mehrsprachigen Inschrifttafel der Deutsch-Jüdischen Gesellschaft aufgestellt.

Der inzwischen restaurierte Speicher gleich neben den Gebäude-resten des gesprengten Herrenhauses war 1944 dazu genutzt worden, ca. 50 jüdische Gefangene des sogenannten Arbeitskommandos unterzubringen. Seit einigen Jahren ist in dem Gebäude eine kleine Ausstellung über die Geschichte des Vernichtungslagers zu sehen; hier werden auch Gegenstände der Opfer gezeigt, die nach 1945 auf dem Gelände aufgefunden wurden.

Für die Geschichte des Erinnerungsortes ist der Speicher als Symbol des jüdischen Widerstandes von zentraler Bedeutung: Im Januar 1945, kurz vor der endgültigen Auflösung des Lagers, tötete das jüdische Arbeitskommando hier einen deutschen Angehörigen des SS-Sonderkommandos und verbarrikadierte sich in dem Gebäude, um der sicher bevorstehenden Ermordung zu entgehen oder zumindest ein Zeichen des Widerstandes zu setzen. Lagerkommandant Hans Bothmann ließ den Speicher daraufhin in Brand setzen, und die darin verbliebenen Juden kamen in den Flammen um; zwei jüdischen Häftlingen gelang die Flucht.

7



7/ Das erste Denkmal für die in Kulmhof ermordeten Jüdinnen und Juden. Es wurde 1957 enthüllt.

8/ Panorama der Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Waldlagers.



8



Am Nordrand des Geländes sind einige Gruben sichtbar, in denen das SS-Sonderkommando die persönliche Habe der Opfer verscharrte, um so Spuren zu verwischen. Eine Reihe archäologischer Untersuchungen hat seit 1945, später dann in den 1960er-Jahren und erneut nach 1990 eine große Menge von Gegenständen zutage gebracht, die zur Habe der Opfer gehörten.¹ So fand man bei ersten Ausgrabungen schon im Sommer 1945 hier und auf dem gesamten ehemaligen Lager-Gelände insgesamt 24.200 Löffel, 4.500 Scheren, 2.500 Gabeln, Messer, Brillen, Töpfe, aber auch Kinderspielzeug und andere Gegenstände, die den Opfern zwischen 1941 und 1944 vor ihrer Ermordung abgenommen worden waren.

Am Rande des Geländes, nur wenige Meter neben der Zufahrt, zeigt ein unscheinbarer, 1957 auf Initiative der Jüdischen Gemeinden in Łódź und Włocławek errichteter Obelisk mit Inschriften in polnischer und jiddischer Sprache den Begräbnisort für 45 Juden an, die noch im Januar 1945 von den Deutschen hier ermordet worden waren.

Betrachtet man das „Schlosslager“ als ein Ganzes, so ist das vielleicht auffälligste Strukturmerkmal, dass sich die Vernichtungsstätte mitten im Dorf Chelmno befand, in dem neben wlohyniendeutschen Umsiedlern² ca. 250 Polen lebten. Diese wurden während der Massenvergasungen keineswegs ausgesiedelt, vielmehr lebten die Mörder buchstäblich Tür an Tür mit der Ortsbevölkerung, die zum unmittelbaren Zeugen der Verbrechen wurde.

Tatsächlich bestand das Vernichtungslager Kulmhof – schon der Begriff „Lager“ ist eigentlich falsch, weil er so etwas wie einen mehr oder minder langen Aufenthalt der Opfer suggeriert – aus zwei getrennten Orten, namentlich eben dem Gelände mit dem Herrenhaus, dem Schlosslager, sowie dem Wald von Rzuchów, dem „Waldlager“, einige Kilometer weiter nördlich an der Straße nach Warthbrücken, wohin die Gaswagen mit den Ermordeten fuhren. Hier wurden die Opfer in riesigen Massengräbern verscharrt beziehungsweise später

verbrannt, um die Spuren der Verbrechen zu tilgen.

Auch im Wald von Rzuchów finden sich Spuren und Gedenkzeichen, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den hier verübten Verbrechen stehen. Es handelt sich um zwei große, durch einen Weg miteinander verbundene Waldlichtungen, deren Form und Ausmaß sich am ehesten mithilfe einer Luftaufnahme erschließen. Die nördliche Lichtung direkt an der Straße beherbergt ein monumentales staatliches Denkmal aus den 1960er-Jahren „für die Opfer des Faschismus“ – das wegen Baufälligkeit seit einigen Jahren durch einen Zaun abgesperrt ist, aber in naher Zukunft restauriert werden soll – sowie einige weiteren Stätten des Gedenkens. In unmittelbarer Nähe kam 1994 ein von dem Verband ehemaliger Tureker Juden in Israel gestiftetes Lapidarium mit etwa einhundert jüdischen Grabsteinen (*matsevo*) hinzu, die überwiegend vom jüdischen Friedhof in Turek (ca. 25 km südwestlich von Chelmno) stammen, der 1942 zerstört worden war.

Die weiter südlich befindliche, deutlich größere Lichtung ist geprägt von den mit Steinen angedeuteten Begrenzungen der riesigen Massengräber, die eine Vorstellung von der Dimension des Verbrechens vermitteln. Das größte Massengrab misst, wie archäologische Untersuchungen gezeigt haben, 254 x 10 Meter bei einer Tiefe von vier Metern. Auf dieser Lichtung befand sich das eigentliche Waldlager, in dem die Ermordeten zunächst vergraben wurden. Noch in der ersten Mordphase in Kulmhof erging der Befehl aus Berlin, dass aus den Massengräbern in ganz Ostmittel- und Osteuropa die Leichen wieder auszugraben und im Rahmen der „Aktion 1005“ zu verbrennen seien. Die Opfer der weiter in Kulmhof eintreffenden Transporte wurden nun unmittelbar nach ihrer Vergasung verbrannt. Dies erfolgte in zwei eigens konstruierten Feldkrematorien unter freiem Himmel; die Fundamente dieser Feldkrematorien, die 1942 und erneut 1944 im Einsatz waren und von den deutschen

Tätern im Herbst 1944 zerstört wurden, sind bei archäologischen Ausgrabungen entdeckt worden. Ihre Position wird auf dem Gelände ebenso gezeigt wie der Standort der Knochenmühle, in der die menschlichen Überreste, die nicht verbrannt, zermahlen wurden.

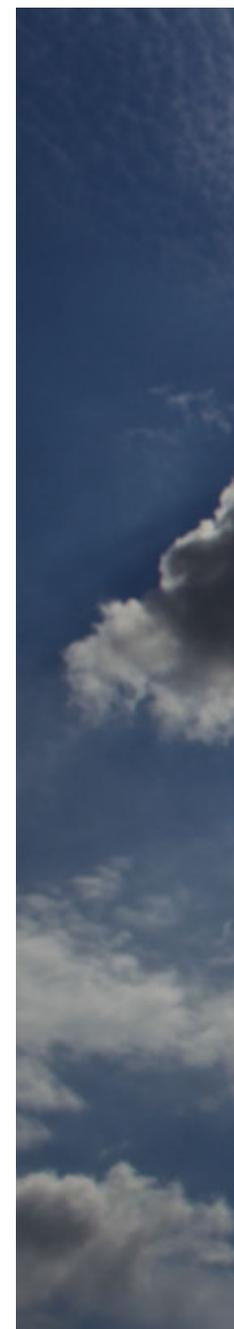
An der nördlichen Stirnseite der großen Massengräber haben die Jüdischen Gemeinden von Łódź und Włocławek 1957 in Eigeninitiative einen einfachen Davidstern auf einer Metallstange errichten lassen; die meisten jüdischen Opfer waren zwischen 1941 und 1944 aus dem Ghetto in Litzmannstadt, wie Łódź während der deutschen Besatzung hieß, nach Kulmhof deportiert worden. In den darauffolgenden Jahren blieb dieser Davidstern das einzige Symbol des Gedenkens im ehemaligen Waldlager.

Am Ende der südlichen Lichtung steht seit 1990 eine Gedenkmauer zur Erinnerung an die in Kulmhof ermordeten Jüdinnen und Juden, die das Gedenken an einzelne Opfer in Form von dort angebrachten Metallplaketten und Inschriften ermöglicht. Zwischen 1992 und 2012 wurden darüber hinaus aufgrund der Anstrengungen privater Initiativen mehrere Gedenksteine für einzelne Jüdische Gemeinden der Umgebung errichtet, deren Mitglieder fast vollständig in Kulmhof ermordet worden waren – so unter anderem für Jüdinnen und Juden aus Zagórow, Konin, Czachulec, Łódź, Brzeziny, Gąbin, Bełchatów sowie aus dem Zwangsarbeitslager in Czarków.

Schließlich gibt es auf dem Gelände des ehemaligen Waldlagers drei Gedenkorte, die darauf verweisen, dass in Kulmhof auch Nichtjuden ermordet wurden. Dazu zählen ein schon in den 1960er-Jahren errichteter Gedenkstein für 93 tschechische Kinder aus Lidice und Ležáky, die im Juli 1942 vermutlich in Kulmhof ermordet wurden, sowie ein 1991 errichtetes Monument für 56 Polen, die als Geiseln im November 1939 im Wald von Rzuchów erschossen wurden, also in keinem unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit dem Vernichtungslager Kulmhof stehen. Ebenfalls aus dem Jahr 1991 stammt ein Obelisk zum Gedenken an den Gemeinsekretär von Chełmno, Stanisław Kaszyński, der im Januar 1942 als einer der ersten Informanten der polnischen Widerstandsbewegung über die in Kulmhof von Deutschen verübten Massenverbrechen berichtete. Infolge eines abgefangenen Briefes an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in der Schweiz wurde Kaszyński kurz darauf verhaftet und einige Tage später erschossen.

Anfang August 2016 wurde auf Initiative des Verbandes der Roma in Polen anlässlich des 75. Jahrestages der Deportation von über 5.000 burgenländischen Roma und Sinti in das Ghetto Litzmannstadt, von denen weit über 4.000 im Januar 1942 in Kulmhof ermordet wurden, ein Monument zu deren Gedenken auf dem Gelände des Waldlagers enthüllt.

Auch in der näheren Umgebung von Chełmno lassen sich Spuren finden, die mit dem Vernichtungslager Kulmhof in Verbindung stehen. Seit März 1942 mussten die in Koło/Warthbrücken eintreffenden Jüdinnen und Juden direkt auf dem Bahnhof





9/ Ein Davidstern auf einer Metallstange. Eine einfache, aber bedeutsame Konstruktion. 1957 auf Initiative der Jüdischen Gemeinden von Włocławek und Łódź errichtet zur Erinnerung an die im Waldlager ermordeten Jüdinnen und Juden.

in offene Waggons einer Schmalspurbahn umsteigen, mit der sie sechs Kilometer in Richtung Kulmhof bis nach Powiercie fuhren. Zu Fuß mussten die Opfer anschließend bis zu einer Mühle in Zawadka am Ufer der Warthe (Warta) gehen, wo sie übernachteten. Erst am darauffolgenden Tag wurden sie, zumeist mit Lastwagen, nach Kulmhof gebracht. Nach der Reparatur einer Brücke brachte die Schmalspurbahn die Opfer seit August 1942 direkt von Warthbrücken bis Kulmhof. Von der Mühle, einige Kilometer nördlich des Waldlagers gelegen, ist heute noch das Fundament erhalten. Auch von den Gleisen der Schmalspurbahn lassen sich hier und dort noch Reste finden, wenn auch nicht mehr in unmittelbarer Nähe des Vernichtungslagers. Schließlich haben sich in der näheren Umgebung auch einige Synagogen erhalten, namentlich in Dąbie und Grabów, die nach 1945 jedoch nicht mehr als Synagogen genutzt wurden, da es aus den zahlreichen kleinen Jüdischen Gemeinden im Umkreis von Kulmhof praktisch keine Überlebenden gab.

Kulmhof nach 1945: Von der Rekonstruktion der Verbrechen zu einem Gedenkort

In gewisser Weise stehen diejenigen, die Chełmno heute besuchen, vor einer vergleichbaren Herausforderung wie im Frühling 1945 der polnische Untersuchungsrichter Władysław Bednarz. Als im Mai/Juni 1945 erstmals eine polnische Expertenkommission unter seiner Leitung das Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Kulmhof betrat, vermittelte sich den Mitgliedern alles andere als ein klarer Eindruck davon, dass sie sich an dem Tatort eines riesigen Massenmordes befanden. Bednarz stand vor der Aufgabe, sich ein Bild von der Topografie des Tatortes, von dem Ablauf sowie von den spärlichen Überresten der Verbrechen zu machen. Die Ruine des Herrenhauses, ein ausgebrannter Speicher und eine große verwüstete Lichtung in einem angrenzenden Waldstück waren noch die auffällig-

sten Spuren, die die deutschen Täter zurückgelassen hatten. Daneben erinnerte so gut wie nichts daran, dass an diesem Ort in den vorausgegangenen vier Jahren über 152.000 Menschen getötet worden waren.

Richter Bednarz ließ das Terrain genau untersuchen, ordnete Ausgrabungen an und befragte vor allem die polnischen Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes, die jahrelang Augenzeugen des Massenmordes gewesen waren und nun viele Details zusammentrugen: Polen hatten Angehörige des SS-Sonderkommandos einquartieren müssen oder waren etwa zu Hilfsdiensten in der Küche verpflichtet worden. Die Jüdinnen und Juden, die auf Lastwagen oder mit der Schmalspurbahn nach Kulmhof transportiert wurden, waren über Jahre hinweg ein ebenso alltäglicher Anblick gewesen wie die zwischen dem Schloss und dem Wald von Rzuchów hin- und herfahrenden Gaswagen. Sogar an die Schreie der Opfer während der Vergasungen auf dem Schlosshof konnten sich einige später erinnern. Auch die in der Umgebung lebenden Bauern, der Revierförster bis hin zu den Menschen in der nahegelegenen Kleinstadt Koło erfuhren zahlreiche Einzelheiten, wie die teils sehr detaillierten Zeugenaussagen vor der polnischen Untersuchungskommission im Sommer 1945 belegen. Unter den Zeugen befanden sich auch drei Überlebende der letzten Mordphase in Kulmhof im Juni/Juli 1944 beziehungsweise aus der Zeit im Herbst 1944, als ein jüdisches Arbeitskommando die letzten Spuren der Verbrechen beseitigen sollte.

Der Pole Andrzej Miszczak beispielsweise, dessen Haus in Hörweite zum Schloss lag und das noch heute unterhalb der Kirche zu sehen ist, konnte sich bereits im Dezember 1941 binnen weniger Tage ein recht genaues Bild davon machen, dass hier Jüdinnen und Juden in „Höllautos“ zu Tausenden ermordet wurden. Seine Informationsquelle waren die jüdischen Angehörigen des „Schlosskommandos“ sowie die aus Posen hierher gebrachten polnischen Häftlinge, die beim Mordbetrieb mithelfen mussten, und auch

die jungen Frauen, die in der Kantine des SS-Sonderkommandos arbeiteten. Miszczak sah auch, wie sich im Schlosshof die Kleidung der Ermordeten auftürmte. SS-Männer erzählten ihm und anderen Dorfbewohnern auch ganz offen, wie praktisch es sei, den Opfern von einem bevorstehenden Bad zu erzählen, bevor sie in die Gaswagen getrieben würden.

Nachdem die Bednarz-Kommission im Herbst 1945 ihre Arbeit beendet hatte, gab es über viele Jahre hinweg in Chełmno überhaupt keinen Ort, an dem man der Opfer des Todeslagers gedacht hätte. Obwohl Kulmhof, wie die übrigen ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager im besetzten Polen, in den ersten Nachkriegsjahren dem polnischen Kulturministerium unterstand, ließ vor allem wegen der geringen Spuren und Überreste des Lagers ein angemessenes Gedenken an die Opfer auf sich warten.

Auf dem Gelände rund um das gesprengte Herrenhaus befand sich seit den 1950er-Jahren bis Anfang der 1990er-Jahre eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, weshalb die Überreste des Gebäudes, wie man sie heute sehen kann, jahrzehntelang gar nicht sichtbar waren und das Gedenken sich allein auf den ehemaligen Waldlager-Bereich beschränkte. Allerdings begann auch dessen Geschichte als Gedenkstätte erst fast zwanzig Jahre nach Kriegsende, als dort 1964 zum 25. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen das genannte Denkmal „für die Opfer des Faschismus“ errichtet wurde. Aus der Vogelperspektive erinnert es zwar entfernt an die Form eines Davidsterns, die Inschriften verschweigen jedoch, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Opfer Jüdinnen und Juden waren. Immerhin wurde die Waldlichtung mit den zahlreichen Massengräbern fortan gepflegt.

Gleichwohl fehlte seit den 1960er-Jahren ein Museum, in dem die Geschichte der hier verübten Verbrechen angemessen dargestellt werden konnte. Erst 1990 wurde auf dem ehemaligen Schlosslager-Gelände ein solches Museum eröffnet, das heutige Muzeum Chełmno (Muzeum byłego Obozu Zagłady w Chełmnie nad Nerem).

Während das Schlosslager-Areal heute in erster Linie ein Ort rekonstruierter beziehungsweise restaurierter baulicher Überreste des Vernichtungslagers ist, finden sich im Waldlager-Bereich – bis auf die genannten Reste der Feldkrematorien und die mit Steinen markierten Flächen der Massengräber – vornehmlich Symbole des Gedenkens aus verschiedenen Epochen der Nachkriegszeit. Sie zeugen von einer sozialistischen Gedenkkultur (ähnlich der in anderen Ostblockstaaten, die im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung standen), in der die Jüdischkeit der weitaus meisten Opfer kleingeredet oder gar ganz verschwiegen wurde, bis in die jüngste Vergangenheit.

Für die Zeit seit den 1960er-Jahren lässt sich daher von einer Zementierung typisch sozialistischer Formen des Gedenkens sprechen, keinesfalls jedoch von einer Weiterentwicklung oder Anpassung – etwa an einen veränderten Forschungsstand oder

**Chełmno ist zugleich
ein Gedenkort,
ein Lernort und ein
Friedhof.**

03

Opfer und Täter

Mehr als 1,5 Millionen Menschen wurden an den neun „Schattenorten“ und in deren Umfeld ermordet. Welchen Platz nehmen die Verbrechen und die verschiedenen Opfergruppen in den jeweiligen Erinnerungskulturen ein? Wer waren die Täter? Und was ließ sie zu solchen werden?



1

1/ Ausgetretene Steinstufen, die auf einen leicht erhöhten kleinen Park führen. An verschiedenen Stellen in Lwiw sind sie zu finden. Einst indes führten sie zu Synagogen oder anderen jüdischen Häusern – bis sie unter der deutschen Besatzung zerstört wurden.



CHRISTOPH DIECKMANN

Erinnerung an die ermordeten Juden

Entwicklungen,
Deutungskämpfe,
Rahmenbedingungen

Die heutigen Staaten Polen, Belarus und Ukraine umfassen die Regionen, in denen bis in die 1940er-Jahre hinein die meisten Juden auf der Welt lebten, und zwar seit vielen Jahrhunderten. Bis zur Shoah hatte sich dort ein jüdisches Leben in einer heute kaum mehr vorstellbaren Vielfalt entfaltet. „Das Judentum“ gab es indes nicht, sondern eine Vielzahl an jüdischen religiösen, säkularen, kulturellen, sozialen und politischen Gemeinschaften und Strömungen. In vielen Städten stellten Juden ein Drittel der Bevölkerung, wie beispielsweise im galizischen Lemberg, dem heutigen Lwiw in der Südwestukraine. Rund 110.000 Jüdinnen und Juden lebten vor dem Krieg in der Stadt, die mit einer Einwohnerzahl von über 300.000 Menschen von 1921 bis 1939 zu Polen gehört hatte. Die jüdische Gemeinde stellte die größte Minderheit in der

damaligen multiethnischen, multikulturellen, multisprachlichen urbanen Gesellschaft dar. Das übernationale habsburgische Erbe war noch zu spüren, wenngleich die Kultur der Polen (über 55 Prozent der Stadtbevölkerung) dominierte und Lemberg überdies zu einer Hochburg der ukrainischen Nationalbewegung wurde.

Zwischen 1941 und 1944 ermordeten deutsche Besatzer unter tätiger Mithilfe von Nichtdeutschen fast alle Lemberger Juden: Sie wurden 1942 in Belzec im Gas erstickt und 1943 vor allem im „Sand“ erschossen, den „Piaski“ genannten Sandhügeln unweit des Zwangsarbeitslagers in der Janowska-Straße, das in Lemberg nahe dem kleinen Bahnhof Kleparow lag, von dem aus die Deportationszüge nach Belzec fuhren (siehe den Beitrag von David Alan Rich, S. 170 ff.). Dieses Gelände, auf dem die Außerordentliche sowjetische



3

Staatskommission 1944 menschliche Überreste auf einer Fläche von zwei Quadratkilometern fand, ist bis heute völlig vernachlässigt, dichter Wald und aufgewühlte Wiesen erwarten den Besuchenden. Wenige Schilder und ein Gedenkstein, errichtet von privater jüdischer Initiative im Jahr 2003, erinnern an die hier zu Zigtausenden ermordeten Jüdinnen und Juden.

1944 gab es in Lemberg nur noch 1.300 jüdische Überlebende. Nach einem von der sowjetischen Regierung forcierten Bevölkerungsaustausch blieben in den späten 1950er-Jahren nur noch 8.600 Polen in der nun zur Sowjetukraine gehörenden Stadt, bei einer Gesamteinwohnerzahl von 380.000 Menschen. Die einstmals multiethnische Metropole war in eine ethnisch fast vollständig ukrainische Stadt verwandelt worden. Sucht man heute nach Spuren in dem riesigen Gelände des einstigen Lemberger Ghettos, das mit ca. 100.000 Juden das drittgrößte im gesamten deutschen Herrschaftsbereich zur Zeit der Besatzung gewesen ist, begegnet man den vielen unterschiedlichen Zeitschichten dieser komplexen Geschichte.

Über vier der knapp sechs Millionen jüdischen Opfer waren zum Zeitpunkt ihres Todes entweder Bürger der Sowjetunion oder Polens. Unter deutscher Besatzung wurden sie in Hunderten Ghettos, an Tausenden Erschießungsorten und in den Vernichtungsstätten der „Aktion Reinhardt“ ermordet. Das Ausmaß der Auslöschung ist nicht zu fassen. Im Juni 1945 lebten in Polen etwa 74.000 Jüdinnen und Juden: 15.500 waren aus den NS-Konzentrationslagern befreit worden, 15.000 hatten auf der „arischen“ Seite versteckt in Polen überlebt, 13.000 hatten in der prokommunistischen polnischen Armee gekämpft und 30.000 waren aus der Sowjetunion zurückgekehrt, bis Juni 1946 kamen weitere 170.000 polnische Jüdinnen und Juden von dort zurück. Sie waren nicht nur mit der materiellen Zerstörung konfrontiert, sondern mit der Vernichtung fast der gesamten jüdischen Lebenswelt.¹



2 u. 3/ Fotos vergangener Zeiten. Das kleine Einraumuseum im jüdischen Zentrum „Hesed Arie“ in Lwiw versucht Bruchstücke einstigen jüdischen Lebens in Galizien zu bewahren. Die heute in der Stadt lebenden Jüdinnen und Juden kommen in der Regel aus dem Osten der Ukraine.

Seit August 1944 arbeitete eine jüdische historische Kommission daran, Dokumente und Berichte zur Shoah zu sammeln. Bis 1949 wurden über 7.000 Interviews geführt und Berichte geschrieben, dann kam die Kommission unter strikter kommunistischer Kontrolle, konnte aber als Jüdisches Historisches Institut weiter bestehen bleiben. Im Januar 1952 zählte die jüdische Bevölkerung in Polen noch 58.000 bis 70.000 Menschen, die sich entschieden hatten, das Land nicht zu verlassen. In Belarus lebten nach Kriegsende 250.000 Jüdinnen und Juden, in der Ukraine 600.000, die meisten von ihnen Rückkehrer aus der nicht deutsch besetzten Sowjetunion.

Die Zahl der heute in diesen Ländern lebenden jüdischen Bevölkerung ist nur sehr schwierig zu schätzen. Der Historiker Antony Polonsky etwa bezifferte die Zahlen der „core Jewish populations“ für Polen im Jahr 2005 mit etwa 3.300, für Belarus mit etwa 21.000 und für die Ukraine mit etwa 84.000.² Dagegen liegen die Zahlen des World Jewish Congress (WJC) von 2016 wesentlich höher: Die Organisation geht von 5.000 bis 20.000 in Polen lebenden Jüdinnen und Juden aus, von 45.000 bis 50.000 in Belarus und von 270.000 in der Ukraine.³



4/ „Hier befand sich in einem dreistöckigen Gebäude eine große Synagoge und ein Seminar (Bildungsinstitut) für das Studium der Tora. Das Haus wurde Mitte des 17. Jahrhunderts gebaut und in den 30er-Jahren des 19. Jahrhunderts umgebaut. Im August 1941 wurde das Haus von Faschisten zerstört“, heißt es in der Inschrift auf der Tafel am Ort der einstigen Großen Vorstadt-Synagoge in Lemberg. Dutzende Synagogen wurden damals in der Stadt von den deutschen Besatzern zerstört.

Fragen

Angesichts dieser beiden Tatsachen, der Dimension der Verbrechen einerseits und dem eingangs beschriebenen Anteil der jüdischen Bevölkerungen und der Vielfalt ihres Lebens in diesen Gesellschaften über viele hundert Jahre bis 1941, erscheint es heute zutiefst irritierend, dass der jüdischen Opfergruppe in Osteuropa nicht durchgängig mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Um dies besser zu verstehen, werden im Folgenden die erinnerungskulturellen Hintergründe näher erläutert und mit einigen grundsätzlichen Überlegungen zu Fragen der Erinnerung verknüpft. Was wissen wir heute über die Strukturierung von Erinnerungen? Wie kann man sich den Orten der Shoah nähern und was kann man dort lernen? Welche Konfliktlinien sind zu berücksichtigen, um die spezifischen Formen der öffentlichen Erinnerungskultur besser zu verstehen, wie sie sich in den Nachkriegsgesellschaften Osteuropas im Gedenken an die Verbrechen zeigen?

Erinnerungen und Deutungskämpfe

Erinnerungen sind nicht etwas Statisches, sondern bilden sich durch kontinuierliche Prozesse. Erinnerungen sind Form und Ausdruck von Kommunikationen, Konflikten und Deutungskämpfen unterschiedlichster Art, die sich beständig verändern. Erinnerungen sind eingebettet in den sozialen, kulturellen und politischen Rahmen, in dem wir leben. Wie und was erinnert wird, ist davon beeinflusst, welchen historischen Vorgängen wir in der Gegenwart Bedeutung zuschreiben.

Erinnerungsfiguren und -zeichen werden miteinander verwoben, um bestimmte Leitmotive durchzusetzen. So bildete zum Beispiel der Dreischritt „Kampf – Heldentum – Sieg“ das Leitmotiv der offiziellen sowjetischen Erinnerungskultur nach dem Krieg, andere Formen waren auf private Erinnerungsmilieus beschränkt. Der Wunsch nach homogenen Erinnerungen in einer Gruppe – etwa einem Staatenbündnis oder einem Nationalstaat – kann nur mit Zwang durchgesetzt werden, denn es gibt stets plurale, sich unterscheidende Erinnerungen in jeder Gesellschaft. Wir haben es beständig mit Deutungskämpfen zu tun. Homogenisierende Konzepte wie „kollektives Gedächtnis“ verleiten dazu, verdeckte und gegenläufige Erinnerungsschichten zu ignorieren. Mit anderen Worten: Der funktionale Gebrauch der Vergangenheit für gegenwärtige Zwecke durch unterschiedliche Gruppen und die damit einhergehenden Auseinandersetzungen müssen mit bedacht werden, wenn man den Fragen nachgeht: Wie und was wird erinnert? Was dürfen wir nicht vergessen? Was sollten wir vergessen?

Erinnerungen beziehen sich immer auf eine Gruppe mit den Grundzuschreibungen: „Das sind wir“ und „Das sind wir nicht“. Es geht um die Schaffung von stabilisierenden Traditionen und die Herstellung von kollektiver Handlungsfähigkeit, die Prägung von Identitäten und politisch-historischer Legitimität: Wie soll der Staat, die Gesellschaft aussehen? Dabei spielt das grundlegende Verständnis,

wer zu einer Nation in welcher Weise gehört und wer nicht dazu gehört, eine ausschlaggebende Rolle. Dominiert ein ethnischer Nationalismus die Erinnerung, dann sind die Opfer anderer Ethnien aus dem „Eigenen“ ausgeschlossen, und sie gehören somit zu den „Anderen“. In diesen Regionen wären ermordete Juden dann keine „eigenen“ Opfer, sondern die Verbrechen geschahen an „anderen“.

Ethnischer Nationalismus oder ziviler Nationalismus?

Die Deutungskämpfe um die Vergangenheit werden heute meist in Nationalstaaten ausgetragen. Es ist daher hilfreich, zwischen Varianten des Nationalismus zu unterscheiden, und zwar in idealtypischer Weise, also wissend, dass diese Spielarten in der Wirklichkeit nie in reiner Form vorkommen, sondern meist spannungsreich neben- und miteinander existieren.

Der „ethnische Nationalismus“, wie er lange in Deutschland und in Osteuropa vorherrschte, basiert im Wesentlichen auf der Frage, zu welcher Ethnie man gehöre. Die Trennung zwischen „Eigenem“ und „Fremdem“ entscheidet sich an der Frage der Herkunft, der Abstammung, dem „Ius sanguinis“ („Recht des Blutes“), oft auch der Sprache und der Kultur. Ethnischer Nationalismus ist demgemäß das Resultat eines Mythos der gemeinsamen biologischen Abstammung, der sich in einer geeinten „Kulturnation“ zeigt.

Der „zivile Nationalismus“, der zum Beispiel in den USA, Frankreich und Großbritannien vorherrscht, basiert hingegen auf der Frage, wo man geboren ist, dem „Ius soli“ („Recht des Bodens“). Für Letzteren – oft auch „staatsbürgerlicher Nationalismus“ („civic nationalism“) genannt – spielt es keine Rolle, welcher Abstammung man ist, welchem Glauben man angehört. Entscheidend für die Frage der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, also der Zugehörigkeit beziehungsweise Nicht-Zugehörigkeit, ist hier das Verhalten des Individuums, seine Loyalität gegenüber einem politischen Gemeinwesen, der „Staatsnation“, und ihren zentralen politischen und rechtlichen Werten.

In allen Nationalstaaten sind Anhänger beider Varianten des Nationalismus zu finden, und auch die Deutungskämpfe um die Vergangenheit spielen sich im Kern zwischen diesen beiden Lagern ab. Vertretern des ethnischen Nationalismus fällt es schwer, Juden und andere Minderheiten zur „eigenen“ Nation oder Bevölkerung zu zählen und damit als „eigene“ Opfer zu sehen. Für Anhänger des zivilen Nationalismus ist es hingegen selbstverständlich, Minderheiten oder Teilgruppen zu integrieren und somit auch die Shoah mit ihren Millionen jüdischen Opfern als ein Massenverbrechen gegen die eigene Bevölkerung zu begreifen.



5/ Freundlich grüßt in Ternopil der berühmte jüdische Schriftsteller Scholem Alejchem.

04

Pädagogische Zugänge

Welche Zugänge bieten sich lokal, regional, thematisch oder im Kontext Schule zur Annäherung an die neun „Schattenorte“ an? Können die internationale Jugendarbeit oder bilaterale Jugendbegegnungen neue Horizonte und Sichtweisen eröffnen? Wie sehen erprobte Konzepte historisch-politischer Bildung zum Thema Holocaust und zu der Auseinandersetzung damit aus? Bieten sich Gedenkstättenfahrten als Bildungsformat zur Rechtstremismusprävention an? Und was ist bei deren Planung und Vorbereitung zu berücksichtigen?



1

1/ Haupteingang des Muzeum Martyrologii Wielkopolan Fort VII am Ort des früheren KZ Posen. Im Herbst 1939 fanden hier die ersten „Probevergasungen“ von Psychatriepatientinnen und -patienten statt.

CAROLA S. RUDNICK

Verbindungslinien zwischen „Euthanasie“- Morden und Holocaust-Verbrechen

Chancen und Möglichkeiten
bilateraler Beschäftigung mit
der NS-„Rassenhygiene“ und
den Tätern der „Aktion T4“



Es gibt mindestens fünf Gründe, weshalb die Verbindungslinien zwischen den „Euthanasie“-Morden im Deutschen Reich und den Holocaust-Verbrechen in Osteuropa bislang kaum in den Blick historisch-politischer Bildungsarbeit gerückt sind. Ernst Klee und Henry Friedländer, die in den 1980er- und 1990er-Jahren zum Patientenmord wissenschaftliche Pionierarbeiten vorgelegt haben, benannten zwar bereits direkte Zusammenhänge zwischen „Euthanasie“ und „Holocaust“, aber in der schulischen und außerschulischen Beschäftigung blieb lange der Blick auf den Mord an den europäischen Juden verengt.

Die „Singularitätsthese“, die besagt, dass der Holocaust an den Juden in seiner Durchführung und Dimension für sich stehe, hat sicherlich dazu beigetragen. Viel bedeutsamer scheint jedoch gewesen zu sein, dass Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen auch deswegen bis vor wenigen Jahren eher eine am Rande stehende Gruppe der NS-Erinnerungskultur waren, weil sie erst

spät eine Lobby für die Aufarbeitung der an ihnen verübten Verbrechen hatten. Hinzu kam, drittens, die nahezu bruchlose, desolate psychiatrische Versorgung und fortgeführte Entrechtung von Heim- und Anstaltsinsassen nach 1945. Auch spielten, viertens, vielfache Täterkontinuitäten im Heim- und Anstaltspersonal sowie an den medizinischen Fakultäten eine große Rolle. Schließlich erschwerte auch ein hohes Maß an gleichbleibender gesellschaftlicher Stigmatisierung, vor allem unter oftmals unverblümt weitergeführten rassenhygienischen Vorzeichen, eine nachhaltige kritische Beschäftigung mit NS-Psychiatrie und deren Verbindungslinien zum Holocaust.

Erst eine neuerliche Förderung inklusiver Gesellschaftsrealitäten in vielen Lebensbereichen, ein Aufwind in der Täterforschung, schließlich aktuelle medizinethische Debatten, sprich ein sich wandelnder Zeitgeist, bauen zunehmend Berührungspunkte sowie Vorurteile ab, sodass „Behinderung“, „Psychiatrie“ und „Patientenmord“ zunehmend Einzug in die historisch-politische Bildungsarbeit halten und in Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen inzwischen auf Interesse stoßen.

Am ehemaligen Ort der „T4-Zentrale“, die ab April 1940 in der Berliner Tiergartenstraße 4 für die Planung und Organisation der „Euthanasie“-Morde der „Aktion T4“ verantwortlich war, entstand 2014 erstmals ein zentraler Gedenk- und Informationsort. Zwei Jahre zuvor war die Gedenkstätte in Brandenburg an der Havel eröffnet worden. Die Tötungsanstalt Brandenburg war eine von sechs NS-Mordstätten des T4-Netzwerkes. Seit 2004 gibt es regionale Initiativen zu Medizinverbrechen von überregionaler Bedeutung, die sich im Neugestaltungsprozess befinden („Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg), weitere ziehen nach (Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rehse, Gedenkstätte Großschweidnitz, Gedenkstätte Waldniel-Hostert). Neben den etablierten T4-Gedenkstätten Brandenburg, Bernburg,

2



Grafeneck, Hadamar, Hartheim und Pirna-Sonnenstein ist diese Fortentwicklung regionaler „Euthanasie“-Gedenkstätten beispielhaft für eine zunehmende Vervollständigung, Differenzierung und Professionalisierung des Erinnerns und Gedenkens der „Eugenik“- und „Euthanasie“-Verbrechen in Deutschland. Sie sind wichtige Ausgangs- und Anhaltspunkte für eine Einbeziehung dieser Verbrechenskomplexe in Schule und Fortbildung.

Um jedoch die Bedeutung der „Euthanasie“-Verbrechen für den Holocaust in Gänze erfassen zu können, muss der Blick über die deutschen Erinnerungs- und Gedenkorte weiter hinaus nach Osteuropa, insbesondere nach Polen, gerichtet werden. Dass die ersten rassistisch begründeten Massenmorde an Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowie an Zigtausenden erwachsenen Psychriatriepatientinnen und -patienten im Deutschen Reich das Massenmorden an anderen sogenannten rassistisch Minderwertigen in den eroberten und besetzten Gebieten in Polen, in der Ukraine und in Russland vorbereitete, hat im internationalen Geschichtsbewusstsein und kulturellen Gedächtnis zum Holocaust noch keinen Ort gefunden. Wie diese schmerzliche Lücke in der Bildungsarbeit geschlossen werden kann, insbesondere durch die Einbeziehung bislang kaum wahrgenommener Verbrechens- und Erinnerungsorte in Polen, und welche Potenziale und Lernzugewinne sich hiermit für Schule und außerschulische Einrichtungen etwa der Erwachsenenbildung verbinden, soll Gegenstand der folgenden Ausführungen sein.

Lernfelder

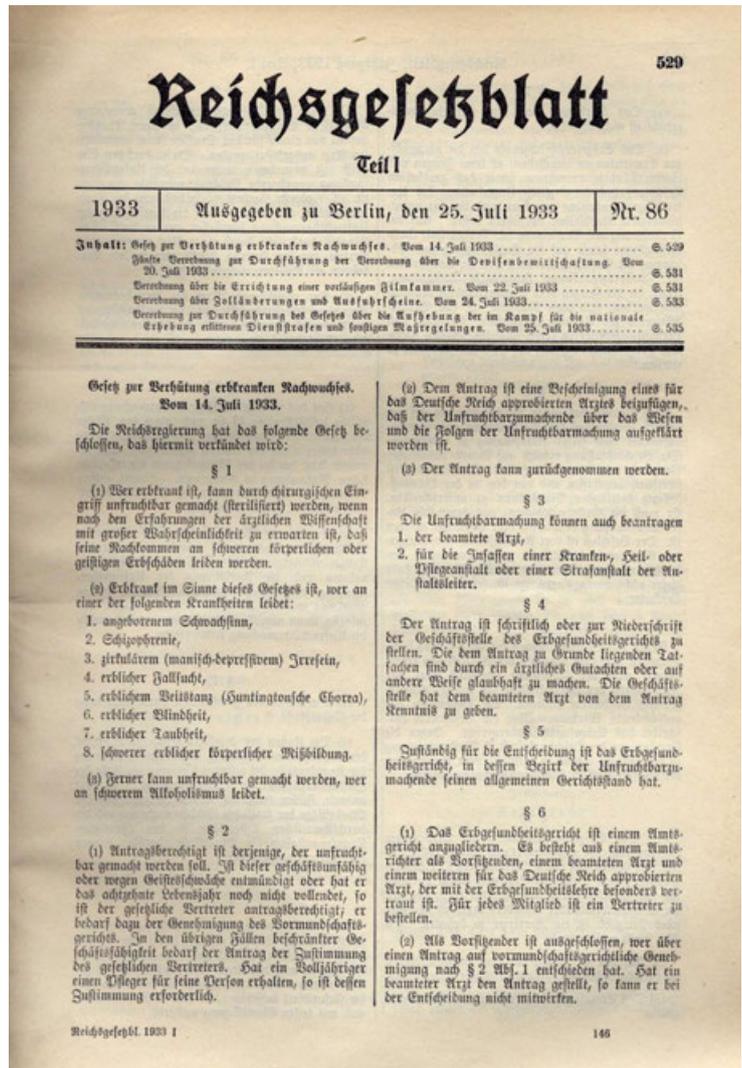
Um in Schule sowie außerschulischen Lernorten und in der Erwachsenenbildung die Verbindungslinien zwischen „Eugenik“- , „Euthanasie“- und Holocaust-Verbrechen in den Mittelpunkt zu rücken, eignet sich eine Annäherung über verschiedene Themenfelder:

Von der „Eugenik“ zum „völkischen Krieg“

Die Idee der „Eugenik“ oder „Rassenhygiene“ war kein auf Deutschland beschränktes Phänomen. In einzelnen Staaten der USA sowie in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden wurden bereits ab Ende der 1920er-Jahre Sterilisationsgesetze zur „Entlastung“ des Wohlfahrtsstaates angewandt. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde auch in Deutschland zügig ein bereits länger diskutiertes Sterilisationsgesetz eingeführt, das im Unterschied zu den internationalen Vorbildern eine Unfruchtbarmachung auch gegen den Willen Betroffener ermöglichte. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ wurde im Juli 1933

- 2/ Berlin, Tiergartenstraße 4: Die Villa diente von 1940 bis 1945 als Dienstsitz der Verwaltungszentrale der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde.
- 3/ Im Reichsgesetzblatt wurde am 25. Juli 1933 das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ veröffentlicht, das die Sterilisierung vermeintlich „Erbkranker“ legitimierte.

3



verabschiedet und trat am 1. Januar 1934 in Kraft. Zu den ersten Opfern dieses zunächst nach innen gerichteten, gesetzgeberischen „völkischen Krieges“ zählten über 400.000 „Schwachsinnige“ und „Idioten“ (Psychiatriepatientinnen und -patienten, Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen), „Asoziale“ (Heimatlose, Sexarbeiterinnen, Alkoholranke, Straftäter, politische Gegner) und „Arbeits-scheue“ (Sinti, Roma, Arbeitsdienstverweigerer). Hiermit nahm die Durchsetzung der nationalsozialistischen Rassenideologie ihren Anfang, und es wurde der Boden bereitet für den zweiten Schritt, die Herstellung der sogenannten Reinheit der Rasse durch die allmähliche „Ausrottung der deutschen Juden“ beginnend mit dem „Blutschutzgesetz“ und dem „Reichsbürgergesetz“ vom September 1935.

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges dehnte sich der „völkische Krieg“ auf die besetzten Gebiete aus. Er radikalisierte sich, womit auch mörderische Maßnahmen einhergingen. Nachdem bereits am 18. August 1939 im Deutschen Reich die Meldepflicht für Kinder mit Behinderungen, Entwicklungsverzögerungen und normenabweichendem Verhalten eingeführt worden war, begann nun reichsweit und planvoll die Ermordung dieser in Gesundheitsämtern erfassten Kinder und Jugendlichen in eigens dafür geschaffenen „Kinderfachabteilungen“. Dieser Initialzündung folgend, wurde ab Oktober 1939 auch die Meldepflicht für erwachsene psychisch kranke Patientinnen und Patienten und behinderte Menschen zielbewusst eingeführt. Und mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Polen begannen zeitgleich die Massenmorde an polnischen Anstaltspatientinnen und -patienten durch Erschießungen, ab Oktober wurde für deren Tötung erstmals Gas eingesetzt. Im Januar 1940 nahmen die Vergasungen von erwachsenen Psychiatriepatientinnen und -patienten in Deutschland („Aktion T4“) ihren Anfang und liefen ab diesem Zeitpunkt in Polen und im Reich parallel. Hier wie dort wurde der

als „geheime Reichssache“ gehandhabte Massenmord strategisch mit einer kriegsbedingten „Verschlankung“ der Heime und Anstalten zugunsten einer besseren medizinischen Versorgung an der Heimat- und Ostfront begründet.

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden sowie anderer „fremdvölkischer“ und als „rassisch minderwertig“ eingestuft oder dem NS-Regime verhassten Gruppen (Sinti, Roma, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, politisch Verfolgte usw.) schlossen sich diesem Massenmord an Patientinnen und Patienten in bekannter Dimension an.

Die Entrechtung und die Morde an Psychiatriepatientinnen und -patienten bildeten im „völkischen Krieg“ somit den Auftakt, sozusagen das „Versuchslabor“, für den sich nahtlos anschließenden Holocaust. Dem Holocaust an den europäischen Juden und dem „Euthanasie“-Programm lag das gleiche völkische und rassistische Denken zugrunde. Und die Lösung der „Fortpflanzungsfrage“ zwischen sogenannten Erbgesunden und sogenannten Erbkranken wurde in keinem anderen Land so eng mit der Lösung der „Judenfrage“ verbunden und derartig akribisch verfolgt, wie in Deutschland und in den von Deutschen besetzten beziehungsweise annektierten Gebieten. Diese Zusammenhänge herauszuarbeiten, kann wertvoller Gegenstand von Bildungsangeboten sein.

Täterschaft und Taten

In den letzten Jahren sind Täter zunehmend Subjekte historisch-politischer Bildungsarbeit geworden. Gerade in Bezug auf die hohe Personalkontinuität drängt sich auf, hier eine weitere Verbindungslinie zwischen „Euthanasie“- und Holocaust-Verbrechen zu ziehen und zum Lernfeld zu erheben.

Es gab engste Überschneidungen bei den Tätern, die sowohl in den T4-Mordanstalten eingesetzt waren als auch in den drei Vernichtungslagern der „Aktion Reinhardt“, Belzec, Sobibor und Treblinka. Prominent ist darüber hinaus das Sonder-

kommando unter der Leitung des SS-Untersturmführers Herbert Lange. Es betrieb ab Oktober 1939 im Fort VII, einer preußischen Befestigungsanlage aus dem 19. Jahrhundert, das Konzentrationslager Posen und erprobte dort an polnischen Anstaltspatientinnen und -patienten erste Vergasungen mit Kohlenmonoxid. Vermutlich Mitte Oktober 1939 wurden auf Initiative der deutschen Zivilverwaltung in Posen unter Franz Schwede-Coburg und des Gauleiters des annektierten „Reichsgaus Wartheland“, Arthur Greiser, die ersten zwei stationären „Probevergasungen“ in einer provisorischen Gaskammer durchgeführt. Da die Eisentür des Bunkers im Fort VII zunächst keine Abdichtung besaß, wurde nachgebessert, und es folgten im November und Dezember 1939 weitere Vergasungen, bei denen rund 400 psychisch Erkrankte der Anstalten Treskau und Tiegenhof getötet wurden.

Die T4-Zentrale in Berlin, die zur gleichen Zeit auf der Suche nach effizienten Tötungsverfahren war, erfuhr von diesen

„Posener Experimenten“. Um Anhaltspunkte für die bereits geplante „Aktion T4“ zu erhalten, nahm Dr. August Becker vom Kriminaltechnischen Institut der Sicherheitspolizei Berlin (KTI Sipo Berlin) dann bei einer Vergasung in Posen teil. Und auch der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, überzeugte sich dort im Dezember 1939 von der Wirkungsweise der Vergasungsmethode mittels Kohlenmonoxid. Beide „lernten“ von den Probevergasungen und entschieden sich daraufhin



4



4/ Eingang zur Kasematte 17 des Fort VII des früheren KZ Posen.

5/ Der schlauchförmige Raum diente 1939 als provisorische Gaskammer.

5